

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Gerechtigkeit.

Die Mehrzahl der Menschen, ja fast alle, kennen ganz genau die eigenen Rechte und nur noch etwas genauer: nämlich die Verpflichtungen, welche andere ihnen gegenüber haben. Vergessen ist die alte, schöne Umgangsregel: „Was du nicht willst, daß man dir tue, das füg auch keinem anderen zu.“ Würde es außerdem so viele verweigerte Zahlungen, so viele gebrochene Verträge, so viele Unpünktlichkeiten im Geschäftsverkehr geben? So viele Nachlässigkeiten, verhängnisvolle Vergesslichkeiten, leere Versprechen wertlose Worte?

Gerecht sein, das heißt ein lebendiges Gefühl für die eigene Verantwortlichkeit haben, gerecht sein, das heißt mit weisem Sinne, Recht und Unrecht abwägen, das heißt vor allem in die Tiefen der eigenen Seele hinabsteigen, um dort nach den Beweggründen der eigenen Handlungsweise zu forschen. Gerecht sein, das heißt den Nächsten lieben wie sich selbst und alle, sich selbst nicht ausgenommen, mit dem gleichen Maße messen.

Der Gerechte kennt den Wert des gegebenen Wortes und überlegt die Tragweite seiner Versprechungen, ehe er sie macht, Zeugnis und Handschlag sind ihm heilig, das Vertrauen anderer ist sein Ehrengut.

M. Herbert.

### Streit und heilige Moral.

Von Frk. Dr. F. Imle.

(Schluß. \*)

Was sagt nun Tr. gegen das Streikrecht? Der Eigentumsbegriff sei beschränkt, über dem Individualität stehe das Gemeinwohl. Das gaben wir mit den uns nötig scheinenden Schlussfolgerungen bereits zu. Auch darin stimmen wir mit dem Autor überein, daß die Arbeit wie alle irdischen Güter zur Erhaltung der Gattung dienen und man daraus eine soziale Arbeitspflicht ableiten könne. Wir wären froh, wenn diese Arbeitspflicht auch denen klar gemacht würde, die nicht wie die Arbeiter schon durch des Alltags Not zur Tätigkeit gezwungen werden. Proletariats braucht man die Arbeitspflicht nicht zu predigen, weil sie für sie eine Existenzbedingung ist, ihnen kann man nur die Würde der Arbeit dadurch vor Augen führen, daß man ihnen neben diesem rein materiellen Zwang auch die sozialistische Notwendigkeit ihrer Arbeit nahebringt.

Damit ist aber eben der Wert und die Ehre der Arbeit betont und der Gedanke genährt, daß dieser Arbeit auf jeder legitime Weise mehr materielle, soziale, geistige und sittliche Anerkennung erworben werde. Was dann gegen den Organisations- und Streikzwang, Gewerkschaftsterrorismus usw. gesagt wird, ist häufig gehörtes, teils berechtigt, indem auch wir jeden körperlichen und auch unbillig geistigen Zwang verwerfen, teils unberechtigt, indem Tr., obwohl so durch und durch christlicher Moralist, doch so oft das andere Gebot der Nächstenliebe außer Acht läßt. Für Kollegialität, die Hingabe an die Ständesache, vor allem aber die Bosheit und Niedrigkeit, welche in dem feigen Fernbleiben und dem Verrat eines Kameraden liegen können, hat er weit weniger Sinn als für eventuell vorkommende formale Freiheitsverletzungen.

Am einzelnen nun stellt sich unser Verfasser so: Im Falle der Notwehr könne „nach dem Gesetze der Moral der Streit nicht verwehrt sein“. Diese Notwehr aber sei nur dann gegeben, wenn „die naturrechtlichen Bedingungen im Arbeitsverhältnis nicht gewährleistet sind, wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter einen Lohn zahlt, von dem er nicht zu existieren vermag oder wenn ein Betrieb von ihm eine Arbeit verlangt, die mit offensichtlicher Ge-

fahr für Leben oder Sittlichkeit des Arbeiters verbunden ist. Ist in solchen Fällen die Anrufung fremder Hilfe oder gesetzlichen Schutzes unmöglich, weil die Gefahr im Augenblicke droht oder weil infolge einer zerrütteten Wirtschaftsordnung die Anrufung des Gesetzes vergeblich ist, so bleibt die Anwendung von Gewalt als letztes Verteidigungsmittel übrig. Das Recht gegen derartige Eingriffe in das eigene Existenzrecht zu schützen geht in diesem Falle von der ihrer Pflicht vergessenen Obrigkeit auf den Menschen selber über.

Was in aller Welt wäre da nicht, wenn man boshaft sein wollte, als Notwehr zu konstruieren! Nicht auskömmliche Löhne kommen so häufig vor, daß sich nach Tr. ganze Berufsgruppen im dauernden Notwehrzustand befinden könnten. Und gar die Lebens- und Sittlichkeitsgefahren! — So sehr wir mit Tr. einig sind, daß hier von der ihre Pflicht nicht eingedenken oder zur vollen Pflichterfüllung zu schwachen Obrigkeit das Verteidigungsrecht auf die Bedrohten übergehe, so leid tut es uns, daß in den meisten derartigen Fällen die Notwehr eben unterbleibt, weil die moralisch zu ihr Berechtigten noch zu schwach organisiert sind. Unser Hütten-Arbeiterstreik z. B. ist noch so unzureichend, daß zahlreiche Belegschaften von Rechts- und Moralwegen streiken müßten, sogar nach Tr. Die Gewerkschaftsmacht jedoch, welche ihm bereits zu stark scheint, verbietet diese natürliche Pflicht der Selbsterhaltung und Kameradschaftlichkeit vorläufig noch.

Was heißt überhaupt hier Notwehr, wo hört der Abwehrstreik auf, um dem Tr. so verhassten Angriffsstreik Platz zu machen? Der Lohn kann absolut gleich bleiben, durch Lebensmittelverknappung aber relativ so fallen, daß der Kampf auf Lohnsteigerung formaliter ein Angriff, faktisch aber ein Abwehrstreik wäre usw. Deshalb ist das gewünschte Lohnminimum, das Tr. sicher in bester Absicht den Arbeitern von der Gesetzgebung erringen möchte, auch etwas so schrecklich schematisches und praktisch undurchführbares. Sehr schön klingt ja, was er uns darüber hinaus zudenkt, wenn er schreibt: „für die Regelung der darüber hinausgehenden Rechte stellt sie (die christliche Moral nämlich) zugunsten des Arbeiters die prinzipielle Forderung, daß der Arbeiter nicht als Produktionsmittel, sondern als das Zentrum des Wirtschaftslebens erachtet, daß der Arbeitslohn nicht als unangenehmes Element der Produktionskosten, sondern die gute Existenz des Arbeiters mit als ein erstes Ziel der Produktion angesehen werde.“

Dies zitieren wir, um zu zeigen, das neben so vielen Ansehenswerten auch Gutes in der Treitschkeschen Broschüre steht. Wir müssen allerdings hier wieder den Utopismus unseres Autors bewundern. Mit welchen Machtmitteln soll der Staat all das dem Unternehmer abringen. Wie wenig kennt Tr. doch die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit, wie wenig unsere Politik, daß er sich an solchen Hoffnungen noch ergötzen kann!

Was hat nun aber Treitschke eigentlich so gewichtiges gegen die Arbeitseinstellungen vom moralphilosophischen Standpunkte einzuwenden? Sie seien schädlich sowohl den Arbeitern, als den Arbeitgebern und endlich dem Gemeinwesen. All das bedürfte wirklich noch des Einzelnachweises und kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Sie können ebenjogut materielle und moralische Verbesserungen erzielen, die deren Summe an Höhe und Wert übersteigen, so haben sie doch mindestens gewonnen. Besonders dafür sollte ein Christ Sinn haben, daß mit rein materiellen Streikunterstützungen so mancher Vorteil erkämpft werden kann, der von hoher sittlicher Bedeutung ist. Wenn es z. B. die Zettlarbeiter einige 1000 Mark Streikgeld kostete, daß ein Wertführer verschwindet, der die Töchter des Arbeiterstandes entehrt und verführt, so mag dies ein materieller Verlust sein, es ist aber unstrittig ein ideeller Gewinn, und für die Opfer, die er kostete, sollten den Gewerkschaften all diejenigen Dank wissen. deren Beruf es ist, über des Volks Sittlichkeit und Rechtssinn zu wachen.

Wie ist's aber mit den Arbeitgebern? Nun, auch ihnen haben die Arbeitseinstellungen kaum

mehr Verluste als Gewinn gebracht. Zunächst ist es den Arbeitgebern oft auch ganz angenehm, wenn die Arbeit ruht, die Lager sich leeren und der Markt von Produkten entlastet wird. Es gibt Arbeitseinstellungen, die beide Parteien gemeinsam unternehmen. Aber dies sind Ausnahmen und meist gehören sie für die Arbeiter zu den Niederlagen. Wenn aber die Arbeitseinstellung auch dem Fabrikherrn vorübergehenden Schaden zugefügt, bringt sie ihm nicht andererseits eine höhergestellte, zufriedene, selbstbewußte und arbeitsfähigere Belegschaft?

Vor allem jedoch: durch die gewerblichen Kämpfe werden geordnete Tarife durchgeführt, einheitliche Arbeitsbedingungen, die der Schleudertourneure die Lebenslust des Lohndrucks abschneiden. Das bedeutet für die soliden und gutwilligen Arbeitgeber einen Vorteil, dem sie anfänglich vielleicht nicht, später aber sicher einsehen. Wie mancher Handwerker und Industrielle segnet heute schon den Streik, der ihm vor Jahren einen Tarif aufzwingt, unter dessen Schutz sein Gewerbe jetzt blüht. Einige gehen dabei allerdings zu Grunde, wenn sie sich nicht der neuen Ordnung fügen wollen oder können. Es sind dies jene Personen, die früher ihre besser entlohnenden Kollegen unterboten, Schundware lieferten und den Markt verbarben. Darunter mag manch armes Opfer sein. Ordentlich wirksame Gesetze gegen den unsozialen Wettbewerb fordern aber mehr Opfer als diese Maßnahmen der Selbsthilfe, und doch wird auch der sanfteste Christ in ihm keine Unerlaubtheit sehen.

Das Gemeinwohl aber endlich? Unstrittig können Streiks so ausfallen, daß sie es bedrohen, das sind ebendann die oben besprochenen Fälle, wo ebenbürtig die Staatsgewalt mit Einhaltsgeboten aufzutreten könnte. Wann aber ist dieser Zeitpunkt gekommen, wann einer Branche das Todesurteil, einem Gemeinwesen die Gefahr des Ruins erklärt? Wir fürchten fast, daß es kaum möglich sein wird, hier die richtige Grenze zwischen notwendiger korporativer Aktionsfreiheit und Schutz des Gemeinwohls zu finden. Mit den englischen und amerikanischen Einhaltsbefehlen hat man schlimme Erfahrungen gemacht, mit dem Zwangsarbeitsverfahren trotz Treitschkes ebenfalls. Probleme bleiben hier zweifelsohne der Zukunft noch zu lösen. Mit dem Wachsen der Gewerkschafts- und Syndikatsmacht werden sie aktueller werden als heute, wo sie uns in Deutschland noch nicht sehr brennend sind, am wenigsten auf dem Gebiete der Überspannung der Arbeitsansprüche. Das jedoch müssen wir auf jeden Fall zugeben, daß viele Streiks auch dem Gemeinwesen schon großen Vorteil brachten, denken wir nur an die gesteigerte Kaufkraft der Arbeiterschaft und die Entlastung der Armenkassen, das Erwachen neuer Kulturbedürfnisse und gemeinnütziger Interessen im Arbeiterstande, die durch verkürzte Arbeitszeit und höhere Löhne herbeigeführt werden. Somit darf mindestens gesagt werden, daß die Streiks neben den gelegentlich möglichen Schädigungen auch viele Vorteile bringen können.

Wenn nun aber eine Sache meist nützlich ist, zuweilen aber auch in ihr Gegenteil umschlagen und schädlich werden kann, so dürfen höchstens ihre Entartungen, niemals aber sie selber bekämpft und moralisch verboten werden. Jede natürliche Handlung ist an sich indifferent, wird aber durch die Meinung, in der sie verrichtet und ihre Relation zu andern Dingen gut oder böse. So ist es auch mit der Arbeitseinstellung. An sich ist sie weder zu preisen noch zu verwerfen, sie ist aber ein geistliches und legitimes Mittel, das je nach der Stimmung, den Absichten, Taten und Zwecken der Kämpfenden gut oder böse werden kann. Der Geist der Organisation gibt der rein materiellen Zurückziehung der Arbeitskraft erst ihre sittliche Qualität. Ist er christlich, so muß auch der Streit dies sein, ist er unchristlich, so kann es auch der Streit sein. Möchten Treitschke und die Seinen deshalb lieber für wahrhaft christlichen Gewerkschaftsgeist sorgen, als die moralphilosophische Verworrenheit noch verworrenere zu machen.

\*) Beilagen Nr. 22 und 24 dieser Zeitung.

### Kritik zur Reichsversicherungsordnung.

1.

Es scheint, als habe der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung in weiten Kreisen der Bevölkerung verblüffend gewirkt — so langsam jetzt nämlich die allgemeine öffentliche Kritik des Gesetzeswerkes ein. Ober sollten die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands das öffentliche Interesse derart in Anspruch nehmen, daß die kritische Würdigung der Versicherungsordnung verhältnismäßig so wenig Zeit und Raum findet?

Umso lebhafter aber beschäftigt man sich in den Fach- und Standeszeitschriften und den entsprechenden Organisationen mit der Neuordnung des Versicherungswesens. Vom 17. bis 19. Mai fand ein allgemeiner Kongress der Krankenkassen Deutschlands zu Berlin statt, der sich eingehend mit der Versicherungsordnung beschäftigte. Ein Hilfskassentag schloß sich ihm an. Auch der Verbandstag der Betriebskrankenkassen nahm Stellung zu dem Gesetzeswerk, und die Berufsgenossenschaften halten laut Ankündigungen am 26. Mai ebenfalls einen außerordentlichen Verbandstag zu Berlin ab, um über die Versicherungsreform sich auszusprechen. In Kassel konferierten die Vorsitzenden der Versicherungsanstalten über den Gesetzentwurf. Ärzte, Zahnärzte und Dentisten, Apotheker und Drogisten, alle erheben ihre Stimme, um ihre Wünsche an den Mann zu bringen. Auch die Gesellschaft für Soziale Reform hat an mehreren Orten die Versicherungsordnung einer eingehenden Besprechung unterzogen, so auch in Berlin, wo die Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Mugdan und Arbeitersekretär Weder referierten. In allen Kundgebungen mehr oder minder scharfe Kritik des Gesetzentwurfs. An sich ist das ja auch nicht verwunderlich. Bei jedem Gesetzeswerk ist es ja nicht leicht, die oft so scharf widerstreitenden Interessen der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Wie viel mehr noch bei der Reform der Arbeiterversicherung, die so tief in das sozialwirtschaftliche Leben des deutschen Volkes eingreift. Dazu kommt noch, daß durch diese Reform alte und liebgeordnete Rechte beseitigt bzw. erheblich verkleinert werden sollen. In nichts aber ist die Menschheit empfindlicher, wie in ihrem Rechtsleben. Das ist an sich durchaus zu begrüßen, denn es wäre ein untrügliches Zeichen des Niederganges der Nation, wenn ihre Glieder leichtfertig gegebene Rechte preisgeben würden. Aber wie immer, soll man auch bei der kritischen Würdigung der Versicherungsordnung nicht über das Ziel hinausschießen. Das geschieht aber unzweifelhaft vielfach. Oder ist es nicht das „Gute“ zuviel, wenn eine im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehende Persönlichkeit dem Gesetzentwurf lediglich einen literarischen Wert beimißt. Auch auf dem Krankentag blieb die Würdigung des Gesetzentwurfs nicht immer in den richtigen Grenzen. Am schlimmsten aber treiben es die Berufsgenossenschaften und die hinter ihnen stehenden Scharfmacherkreise, die fuchswild sind wegen der Beschränkung des Rechtes der Berufsgenossenschaften bei der Rentenfestsetzung.

Es geht natürlich nicht an, auf alle die Einwände gegen die Versicherungsordnung einzugehen, die von den Beteiligten erhoben werden; auch können wir nicht alle die vielen Forderungen besprechen, die an die Ausgestaltung des Reichsversicherungswesens gestellt worden sind.

#### Die Krankenversicherung

Zentralisation und Umwälzung der inneren Organisation der Krankenkassen, letzteres in erhöhtem Maße, sind die kritischsten Fragen der geplanten Krankenkassenreform. Wir wollen deshalb auch hierauf unser Hauptaugenmerk richten. Sind jene beiden Fragen der Lösung näher gebracht, dann wird eine Verständigung über die anderen Reformpunkte in dem Krankenkassenwesen verhältnismäßig leicht zu erzielen sein.

Nur ein Blick in die im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeitete Statistik für 1907 lehrt uns die Notwendigkeit einer Zentralisation der Krankenkassen. Bestanden doch neben den Krappschafstassen nicht weniger als 23 232 Kassengebilde verschiedener Art, die sich in die folgenden Klassenarten teilen: Gemeindefrankenversicherung, Orts-, Betriebs- (Zabrit-) Bau und Innungskrankenkassen, zugelassene freie Hilfskassen und landesrechtliche Hilfskassen. In der genannten Zahl der Kassen finden wir in den Größenverhältnissen die mannigfachsten Abstufungen: Kleinstkassen mit zehntausenden von Mitgliedern, Kassen mittlerer Größe sowie eine unverhältnismäßig große Zahl von Zweigklassen von weniger als 100 Mitgliedern. So besaßen nach der angezogenen Statistik im Jahre 1908 von je 100 aller Krankenkassen einmündig der Gemeindefrankenversicherung 44 weniger als 100 und 92,1 weniger als 1000 Mitglieder. Nur 1,1 vom Hundert dieser Kasseneinrichtungen zählten mehr als 5000 Mitglieder. Es heißt deshalb auch in der Versicherungsordnung beigegebenen amtlichen Denkschrift auf Seite 54:

„Daß diese außerordentliche Versplitterung einerseits, und zwar vielfach den zur Zeit am stärksten wachsenden Bestand unseres Krankenwesens bedeutet, wird

wohl allseitig anerkannt, so verschledent sich auch im einzelnen die Wünsche und Vorschläge über Art und Maß der Abhilfe gestalten. Unter der übermäßigen Zersplitterung leidet einmal die notwendige Ueberständigkeit des ganzen Systems unserer Arbeiterversicherung. Es leidet ferner darunter die Leistungsfähigkeit der Kassen. Krankenkassen mit einer zu geringen Mitgliederzahl sind im allgemeinen in ihrem Bestande nicht genügend gesichert. Daß im einzelnen bisher selbst gewisse Zweigklassen gut und auskömmlich bestanden haben, ist kein Gegenbeweis: hier hängt der gute Erfolg in der Regel von zufälligen Umständen ab, namentlich häufig von der Person des Vorsitzenden oder Rentanten. Treten Jahre mit besonders ungünstigen Gesundheitsverhältnissen, Epidemien oder dergleichen ein, oder gibt der vorhandene erfahrene, umsichtige und thätige Geschäftsführer sein Kassennamt auf, so besteht keine Gewähr dafür, daß nicht alsbald auch in den Verhältnissen solcher Kassen die ungünstigste Wendung eintritt. Namentlich können aber Kassen dieser Art schließlich doch nur, wie man zu sagen pflegt, von der Hand in den Mund leben. Eine weit-aussehende Verwaltung, eine gründliche, der Wiederholung von Krankheitsfällen vorbeugende Krankenhauspflege, die rechtzeitige Ausübung neuerer, zunächst vielleicht noch etwas kostspieligerer Heilmethoden und dergleichen pflegt nur für Kassen mit größerem Mitgliederbestand und entsprechend größeren Mitteln möglich zu sein.

Endlich und nicht am wenigsten leiden unter der Kassenzersplitterung die Versicherten selbst. Daß sie bei den Verschiebungen der Kassenzugehörigkeit wechseln müssen, mag noch hingehen, läßt sich auch überhaupt nur in beschränkten Grenzen vermeiden. Dagegen trägt nur das geltende System der Kassenzentralisation die Schuld daran, wenn innerhalb derselben, oft gar nicht großer Ortsschaft eine ganze Reihe kleiner und kleiner Ortskrankenkassen besteht, und die Mitglieder dieser Kassen beim bloßen Wechsel der Beschäftigung, unter Umständen auch nur des Arbeitgebers, zugleich die Kasse wechseln müssen. Dies wird schon wegen des beschriebenen Maßes der Unterstellungen, welche die einzelnen Kassen gewähren, als lästig empfunden. Es trifft besonders diejenigen hart, welche infolge langjähriger Beitragsleistungen längst den Anspruch auf die vollen fahungsmäßigen Mehrleistungen ihrer alten Kasse erworben haben und nun gleichwohl bei der Ueberführung in die neue Kasse deren Mehrleistungen, sofern solche überhaupt gewährt werden, erst durch eine längere Karenzzeit erkaufen müssen.“

Ausgezeichnet! Besser konnte der wärmste Freund der Kassenzentralisation deren Notwendigkeit nicht begründen. Umso unverständlicher ist es, daß die besonderen Klassenarten (Betriebs-, berufliche Ortskassen etc.) auch in Zukunft noch bestehen sollen und neugegründet werden können, wenn sie 500 bzw. 250 Mitglieder zählen. Fallen denn alle die Argumente der Regierungsbroschüre gegen die Zersplitterung im Kassenwesen auf einmal wieder in sich zusammen, wenn es an die konsequente Durchführung geht? Gewiß bedeutet die vorgesehene Zentralisation einen Fortschritt, denn mindestens die Hälfte der Kassengebilde werden in den Ortskrankenkassen aufgehen müssen. Aber warum denn diese Halbheit, dieses „zwei Schritte vorwärts und wieder einen rückwärts“ gehen? Die Denkschrift sagt:

„An die Stelle einer übertriebenen Dezentralisation darf nicht aus theoretisierenden Erwägungen eine schablonenhafte Zusammenwerfung von Organisationen, eine Zentralisation lediglich um der Zentralisation willen und ohne Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse treten.“

Sind denn die mitgeteilten trefflichen Darlegungen in der Denkschrift für die Zentralisation theoretisierende Erwägungen? Und dann: Wirft die Regierungsvorlage denn nicht selbst die verschiedenen Klassenarten schablonenhafte durcheinander? Eine ganze Anzahl Betriebs-, berufliche Orts- und die Gemeindefrankenversicherungen müssen sich, wird die Versicherungsordnung Gesetz, auflösen und den allgemeinen Ortskrankenkassen anschließen. Fängt das Schablonenhafte denn erst an, wenn die genannten Klassenarten mit über 250 bzw. 500 Mitgliedern sich den Ortskassen anschließen sollen? Man kann nicht anders, als dieses Argument der Regierung als kleinlich und gesucht zu bezeichnen. Und worin liegen die besonderen Bedürfnisse für die Betriebskrankenkassen etc. und warum fangen sie denn ausgerechnet gerade bei 250 oder 500 Mitgliedern an?

Die Reichsregierung habe sich, so heißt es in der Denkschrift weiter, nicht davon überzeugen können, daß die Vorzüge von Einheitskassen groß genug seien, um den vollen Bruch mit dem gewöhnlich Gegebenen zu rechtfertigen.

Dazu wäre erforderlich einmal, daß die Klassenarten, welche beseitigt werden sollen, sich in der Praxis nicht bewährt hätten, zweitens, daß unter den nächstbesten Einmütigkeit über die Vorzüge einer solchen Reform herrschten, und drittens, daß diejenige Klassenart, welche fortan allein an Stelle der wegfallenden Arten zugelassen werden solle, im Gegenzug zu ihnen zu wesentlichen Umständen keinen Anlaß gegeben habe. Wenn nicht alle, so müßte doch wenigstens eine dieser Voraussetzungen zutreffen.“

Nichts von alledem sei der Fall — wie die Denkschrift des weiteren zu beweisen sucht. Die Betriebskassen entsprächen einem wirklichen Bedürfnis. Wäre dies nicht mehr der Fall, so müßte dies in erster Reihe von den den Betriebskrankenkassen beteiligten Unternehmern und Versicherten empfunden und zum Ausdruck gebracht worden sein. Anstatt dessen aber hätten die Kassen in großer Einmütigkeit und unter großem Nachdruck jedem Versuch ihrer Beseitigung widersprochen. Der Einwand, die Betriebskassen würden die besten Kräfte aus (Verlangen eines Gesundheitsattestates von dem Ar-

ter) und verkümmerten den Arbeitern die Mitbeteiligung an der Verwaltung, sei nicht stichhaltig. Vielmehr hätten die Verwaltungen der Ortskrankenkassen in ungleich größerem Maße Anlaß zu Klagen gegeben als die Betriebskassen, wobei auf die Mißbräuche in den Ortskassen zu politischen Zwecken hingewiesen wird. Auf diesen Einwand kommen wir noch zurück. Schon jetzt aber möchten wir die Frage aufwerfen: Weshalb sieht denn der Gesetzentwurf eine Halbierung des Stimmrechts in den Kassen vor? Doch lediglich, um die angeblichen Mißbräuche in den Ortskrankenkassen zu beseitigen. Dann aber fällt das Argument gegen eine vollkommene Zentralisation der Kassen doch in sich selbst zusammen. Andere Beschwerden gegen die unter überwiegender Einflüsse der Versicherten bestehenden Ortskassen kann doch auch die Regierung nicht angeben. Unendlich zahlreich aber sind die Klagen der Versicherten gegen die Betriebskassen. Schreiber dieses hat selbst oft von einem Vorgehen gegen die Betriebskassen absehen müssen, weil die Versicherten ihn dringend darum baten; denn sie befürchteten Maßregelung. Dieselben Erfahrungen haben auch andere massenhaft gemacht. Und daß die Betriebskassenverbände, die sozusagen ganz in den Händen der Unternehmer liegen, nicht zugeben, daß die Betriebe mit eigenen Kassen sich die besten Kräfte aussuchen — nicht die Kassen selbst — hätte auf die Regierung keinen Eindruck machen sollen. Hat denn, so fragen wir weiter, die Regierung auch noch niemals von den Klagen der Versicherten in der Arbeiterpresse und in den Arbeiterorganisationen usw. über eine tatsächliche Beschränkung ihres Mitverwaltungsrechtes etwas gehört? Daß die Vorsitzenden von Betriebskrankenkassen, nämlich der Unternehmer und seine Vertreter, selbstverständlich nicht den Versicherten zurufen, ihr habt nichts zu sagen, könnten auch die Regierungsvertreter wissen. Die Arbeiter aber, die fühlen, daß einer der ihrigen lediglich deshalb entlassen wurde, weil er mal seiner Meinung im Vorstande der Betriebskasse freien Ausdruck gab, wissen besser, wie es um ihre Rechte steht und was sie für sie zu tun haben. Solche Dinge kann man nicht statistisch erfassen.

Auf dem letzten Ortskrankenkassentage forderte der Sachverständige über die Krankenversicherung, Herr Rechtsanwalt Dr. Mayer-Frankenthal, in seinen Leitfäden, daß besondere Ortskrankenkassen (für Schneider, Fabrikarbeiter etc.) nur weiter bestehen bleiben sollten, wenn ihre Mitgliederzahl 20 000 betrage, neue dürften nicht mehr entstehen. Des weiteren dürften keine neuen Betriebskassen mehr errichtet werden (vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen gemäß §§ 284, 298 der Versicherungsordnung) und nur solche, die mindestens 1000 Mitglieder zählen, beibehalten werden. Das wäre allerdings ein weiterer erheblicher Schritt vorwärts. Dr. Mayer gesteht aber durch den Vorschlag, Betriebskassen mit 1000 und mehr Mitgliedern bestehen zu lassen, diesen Klassenarten eine gewisse Berechtigung zu, was wir nicht gelten lassen können. Wenn man aber den Betriebskassen eine gewisse Berechtigung zuerkennen will, dann läßt sich die Begrenzung nach einer gewissen Zahl Mitglieder immer noch ansprechen.

Neue Betriebskassen dürften auf keinen Fall mehr errichtet werden.

In den Unternehmerkreisen klagt man vielfach über die steigenden Versicherungslasten. Hier aber will die Regierung ihnen durch die Halbierung der Beiträge weitere ungezählte Millionen aufbürden. Denn das bei einer Halbierung des Stimmrechts in den Kassen auch die Beiträge von den Unternehmern zur Hälfte, anstatt bisher zu einem Drittel, getragen werden müssen, entspricht doch wohl der Gerechtigkeit. Und diese Lasten will die Versicherungsordnung nicht nur gegen den Willen der Unternehmer diesen aufbürden, sondern auch gegen den Willen der Versicherten. Diese Halbierung des Stimmrechts begründet die Regierung mit dem Mißbrauch der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Parteizwecken, der nur möglich sei, weil die Versicherten auch zwei Drittel der Stimmen im Vorstand und in der Generalversammlung der Kassen stellen. Durchschlagendes Material bringt die Denkschrift zur Versicherungsordnung für diese Behauptung aber nicht bei. Sie redet zwar von den bekannten Einzelfällen des Mißbrauchs der Kassen zu parteipolitischen Zwecken; muß aber gestehen, daß die vom Reichsamt des Innern zur Beratung des Gesetzentwurfs zugezogenen Arbeitgebervertreter in den Kassenorganen das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche innerhalb der Verwaltung ihrer Klasse nachdrücklich in Abrede gestellt hätten. Die staatlichen Aufsichtsbehörden, denen Sachkenntnis und unbefangene Beurteilung nicht abgesprochen werden könne, sagten aber anders aus. Wenn man aber auch von der Frage absehe, „in welchem Maße Mißbräuche bei der Verwaltung der Kasse bereits vorgekommen“ seien, müsse man doch an die Notwendigkeit denken, Rauten zu schaffen, um solchen Mißbräuchen vorzubeugen; was bei dem geltenden Rechte nicht möglich sei. Dazu sei das Selbstverwaltungsrecht der Kassen ein „freies“.

Das ist alles, was die Begründung des Entwurfs zu sagen weiß. Es wird der Regierung aus-

im Parlament der Entwurf nicht erspart bleiben, daß man mit so winzigem Material einen solchen Eingriff in die bisherigen Zustände nicht begründen kann.

Auch zugegeben, daß bei einer Anzahl von Kassen sich Mißbräuche gezeigt haben, so wird damit aber noch lange nicht die Notwendigkeit bewiesen, darauf mit einer so tief eingreifenden Beschränkung des Verwaltungsrechts der Arbeitnehmer zu antworten. Es wäre auch geradezu verwunderlich, wenn nicht bei 4757 Ortskrankenkassen, die im Jahre 1907 vorhanden waren, hier und da Uebergänge vorlämen. Die Verwaltung der Krankenkasse müßte nicht aus Menschen bestehen, wenn nicht bei ihnen menschliche Unzulänglichkeiten gerade so wie bei staatlichen und gemeindlichen Verwaltungsorganisationen sich äußern könnten.

Es steht außer allem Zweifel, daß die Regierung mit der Halbierung des Stimmrechts die politischen Momente nicht aus den Krankenkassen heraus, sondern sie erst hineinzieht. Die radikalen Elemente werden in Zukunft mehr hohe Forderungen an die Leistungen der Kasse in den Organen derselben stellen als bisher, wo sie vielfach die alleinige bzw. die meiste Verantwortung trugen. Verhalten sich dann die ruhig abwägenden Arbeitervertreter ablehnend, dann wird seitens der Radikalen eine Hege veranstaltet werden, wie wir sie bis jetzt vielleicht nur in den Knappschaftskassen erlebt haben. Die Herren Sozialdemokraten werden dann in hohem Maße das Verhalten der Organe der Kassen parteipolitisch ausnützen, denn ihre Tendenzmacherei ist doch zu bekannt. Bis jetzt hielten die sozialdemokratischen Zeitungen und Agitatoren mit Klagen gegen die Ortskrankenkassen zurück, weil sie dann ja ihre eigenen, in den Kassen dominierenden Parteigenossen bloßstellen. Das hat der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fräsdorf auf dem vorigjährigen Krankenassistentenkongress zu Berlin offen ausgesprochen. Er hat auch gesagt, daß sie bei einer Halbierung des Stimmrechts keine Ursache mehr hätten, mit etwaigen Klagen der Kassenmitglieder zurückzuhalten. Dieses Geständnis ist allerdings auch nach anderer Richtung hin sehr wertvoll für die Gegner der Sozialdemokratie.

Wir sind selbstverständlich auch verschiedene Gegner des Mißbrauchs sozialer Einrichtungen zu sozialdemokratischen und auch anderen Parteizwecken. Wir sind aber auch der Meinung, daß man solche Mißbräuche auf andere Art wirksam bekämpfen kann, wie durch einen solchen gewaltigen Eingriff in die Rechte der Versicherten. Die Versicherungsordnung schlägt ja auch selbst ein anderes Mittel vor und kommt damit den Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft entgegen, nämlich durch Einführung der Proportionalwahl zu den Organen der Kassen. Dann haben die sozialdemokratischen Arbeiter die Gelegenheit, sich eine Vertretung in den Kassenorganen zu verschaffen; diese Gelegenheit mögen sie dann wahrnehmen und sie werden es auch tun; sie mögen dann acht geben, daß kein Mißbrauch mit den Kassen zu parteipolitischen Zwecken getrieben wird, beispielsweise bei der Urtellung von Kassenbeamten, indem man sozialdemokratischen Schreibern auf Parteidruck hin Einreden verschaffen will. Und sollte dann kein Protest der christlich-nationalen Vertreter in den Kassenorganen heften, dann hilft noch der Druck der öffentlichen Meinung, die man aufklären kann. Es gibt aber auch noch weitere Mittel zur Erreichung des genannten Zwecks, die in der Versicherungsordnung schon bezeichnet sind. Wir haben aber noch keine Veranlassung, näher darauf einzugehen.

Wenn die Arbeiterschaft sich so ablehnend zu der Halbierung des Stimmrechts verhält, dann haben sie die Erfahrungen in den Knappschaftskassen dazu geführt, in denen die Halbierung des Stimmrechts leider besteht. Diese Erfahrungen reizen wahrhaftig nicht zur Nachahmung.

In einem weiteren Artikel werden wir die andern Reformpunkte der Krankenversicherung besprechen.

### Unternehmensgewinne und Arbeiterisiko im Bezirke Mannheim.

Im Bericht über die Bezirkskonferenz haben wir darauf hingewiesen, daß auch in dem abgelaufenen Krisenjahre 1908 die Unternehmer noch ziemlich auf ihre Rechte verstanden, die Wirkungen der Krise im allgemeinen ziemlich von sich auf die Arbeiterschaft abzumwälzen. Die Summe von gekürzten Löhnen und Stundenlöhnen, die in ihrer Gesamtheit für die Arbeiterschaft und die Arbeitsmarktverhältnisse überaus bedauerlichen Arbeiterentlassungen und die unheimliche, in ihren internen Praktiken unkontrollierbaren aber um so mehr fühlbaren Wirkungen des industriellen-Arbeiternachweises im Unterbadischen und Pfälzischen Industriegebiet, sind sprechende Zeugen dafür. Wie wäre es auch anders, als in dem angegebenen Sinne zu verhalten, wenn man bedenkt, daß wir Güte vergleichen können, wo anfängliche Arbeiter Monate, ja über ein halbes Jahr lang arbeitslos im gesamten Industriebezirk herumkamen, ohne Arbeit zu bekommen, während wir ebenfalls Güte zu vergleichen haben, wo aus der Schweiz oder sonst wo herzureisende staatenlosweise in menschenleeren Lagern Arbeit fanden?

Aus einer Statistik, die wir im vorigen Jahre an der Hand von Fragebogen in unserem Bezirk zusammenstellen konnten, war zu entnehmen, daß der vierte Teil der Beteiligten einen Jahresarbeitsverdienst von unter 900 Mk., mehr als ein Drittel aller Beteiligten ein Jahresarbeitsverdienst von 900 bis 1200 Mk., drei Zehntel zwischen 1200 und 1500 Mk. und nur ein Zehntel über 1500 Mk. verdienten. Eine von den Unternehmern unüberlegt geliebene Statistik des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes für das engere Industriegebiet Mannheim stellte einen Durchschnittsverdienst für Metallarbeiter von 30,40 Mk. pro Woche, macht 1580 Mk. Jahresarbeitsverdienst aus, fest.

Demgegenüber nimmt sich das in unten stehender Tabelle aus den verschiedenen Tageszeitungen entnommene und zusammengestellte Zahlenmaterial interessant aus.

Table with 12 columns: Name und Sitz der Firma, Arbeiterzahl, Aktienkapital in 1000 Mark, and dividend percentages for years 1904-1908. Includes firms like Mannheim, Brown u. Boveri, Benz u. Cie., Stahlwerk, etc.

### Erzielte Reingewinne, bezw. verteilte Dividende.

Table with 12 columns: Name und Sitz der Firma, Arbeiterzahl, Aktienkapital in 1000 Mark, and dividend percentages for years 1904-1908. Includes firms like Ludwigshafen, Bad. Anilin- und Sodafabrik, Industriewerke, etc.

Bedenkt man nun, daß bei den Firmen, die durch die eine oder andere Maßnahme das Einkommen der gesamten Arbeiterschaft mitzuführen geholfen hat, so ergibt sich, mit Ausnahme von sehr wenigen Ausnahmefällen, daß sich die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse im Krisenjahre 1908 für den Arbeiterstand im allgemeinen in unserem Bezirk mit aller Schärfe fühlbar machte. Für die Unternehmer dagegen im allgemeinen nur einen verhältnismäßig geringen Ausfall an Reingewinn bedeutete. Das sollte ein deutlicher Fingerzeig für die in Frage kommende Arbeiterschaft sein, sich mit größerer Energie als bisher der Pflege der Organisations- und Besondere auch angelegts der stets steigenden Lebens- und Existenzverhältnisse, die gerade auch in unserem Bezirk in den letzten Jahren mit besonderer Schärfe im Verhältnis zu anderen Bezirken in die Erscheinung getreten sind. Für die christlich und national gesinnte Metallarbeiterschaft muß daher jetzt die Losung lauten: „Sine in den christlichen Metall-

arbeiterverband.“ Besonders aber dort, wo die Reingewinne der Unternehmer am höchsten sind, dann wird auch eure allgemeine Lebenslage sich allmählich besser gestalten.

### Der Jahresbericht der Badischen Fabrikinspektion für 1908.

Aus demselben ist zu entnehmen: Im Berichtsjahre wurde das Personal um einen wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiter und einen technischen Assistenten vermehrt. Entsprechend der Vermehrung des Personals haben sich die Zahl der Revisionen der Betriebe vermehrt. Im Jahre 1907 betrug die Gesamtzahl der revidierten Fabrikbetriebe 3555 und im Jahre 1908 3867, macht eine Steigerung von 312 Revisionen aus. Ob diese Steigerung der Vermehrung des Personals tatsächlich entspricht, läßt sich schwer beurteilen, da man nicht weiß, mit welchen Umständen und Nebenarbeiten diese im einzelnen verknüpft waren. Jedenfalls stellte der Bericht fest, daß sich auch die Besuchsverhältnisse in ihrer Zahl vermehrt und dadurch zweifellos mehr Kraft und Zeit in Anspruch genommen haben.

Interessant ist, daß sich nach dem Bericht die Zahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen in Baden von 10 142 auf 10 425 erhöht haben, während die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von 235 327 auf 229 935 zurückging. Die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter stieg dagegen von 62 625 auf 63 242; der jungen Leute von 20 050 auf 20 276 und von diesen wieder der männliche Teil von 10 558 auf 10 662 und der weibliche Teil von 9 492 auf 9 614. Die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahren stieg von 3268 auf 3312 und die der jugendlichen Arbeiter von 3805 auf 3875.

Was hierbei beachtet werden muß und bedenklich erscheint, ist die im Bericht festgestellte Tatsache, daß allein die erwachsenen männlichen Arbeiter den Rückgang an Arbeitskräften von 235 327 auf 229 935, macht 5392 beschäftigte Personen weniger zu tragen hatte, aber dazu noch 820 erwachsene männliche Personen weniger beschäftigt wurden, an deren Stelle entweder das weibliche oder jugendliche Element trat. Das deutet nicht gerade auf eine gesunde Entwicklung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb des Arbeiterstandes hin. Zeigt aber auch allen denjenigen, die in Sozialpolitik und Arbeiterschutz machen, wohnt wir unser Augenmerk zu lenken haben.

Die verhältnismäßig geringe Verminderung der beschäftigten Kinder von 471 auf 448, davon bei den weiblichen von 90 auf 76 und bei den männlichen von 381 auf 372 ändert an dieser bedenklichen Erscheinung recht wenig. Mit welchen Gefahren für die Volkswirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben eine solche Entwicklung in den industriellen und gewerblichen Verhältnissen verbunden ist, ist schon so oft allwärts betont worden, daß dies hier nicht besonders erörtern zu werden braucht. Jedenfalls muß die öffentliche Meinung sich davon überzeugen, daß es nicht dem Allgemeinwohl dienlich sein kann, wenn das erwachsene männliche Arbeiterelement sich um laufende verringert, während das weibliche und jugendliche Element noch mehr als um die Verringerung des männlichen sich vermehrt.

Allein, von der Seite aus betrachtet, kann man erst recht ersehen, wie unvollkommen im allgemeinen noch der Arbeiterschutz ist. Die im Inspektionsbericht enthaltenen Zahlen sind ein durchschlagender Beweis dafür.

Genau so beweisen das die mitgeteilten Zahlen über den Umfang der stattgefundenen Revisionen. Von den in Fabriken und diesen gleichgestellten Betrieben stattgefundenen 4275 Revisionen entfallen 31 auf Nacht- und 28 auf Sonn- und Feiertagsrevisionen. Von den revidierten Betrieben wurden 3523 einmal, 296 zweimal und nur 48 mehr als zweimal besucht. Demnach wurden 379 % der vorhandenen Betriebe revidiert. Die übrigen 62,1 % blieben also unrevidiert.

In den revidierten Anlagen befanden sich 137670, sind 60,5 %, der Gesamtarbeiterzahl. Unter den Arbeitern in den revidierten Betrieben befanden sich 88 372 erwachsene sind 61,6 % dieser Kategorie, 37 175 erwachsene Arbeiterinnen sind 58,7 %, 6545 männliche jugendliche sind 61,1 %, und 5578 jugendliche Arbeiterinnen sind 55,8 %, der betr. Kategorie.

Auf Revisionen im Bergbau, Gütten- und Salinenwesen fanden solche auf je 100 Betriebe: 69,2 Prozent, in der Stein- und Erdindustrie 57,5 Prozent, in der Metallverarbeitung 45,8 Prozent, in der Maschinenbau-, Instrumenten- und Apparateindustrie 54,4 %, in der chemischen Industrie 93,8 Prozent, in der Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte 58,5 %, Textilindustrie 75,2 %, Papierindustrie 64,5 %, Lederindustrie 44,2 %, Holzindustrie 50,3 %, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 35 %, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 26,7 Prozent, im Baugewerbe 22,2 % und Polymathischen Gewerbe 52,3 % statt.

Auflagen mußten 3306 und von diesen 1593 zur Verhütung gesundheitsschädlicher Einflüsse, 1091 zum

Zweck der Unfallversicherung und 622 zum Allgemeingut der Arbeiterchaft gemacht werden.

Daß diese Auflagen gemacht werden mußten, beweist, wie wenig die Unternehmer aus eigenem Antrieb für genügenden auch nur den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Schutz der Arbeiter in ihren Betrieben Sorge tragen. Wären noch mehr Betriebe revidiert worden, hätte dieses sehr wahrscheinlich sich durch Vermehrung der Auflagen noch durchschlagender nachweisen lassen.

### Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes.

In der Woche nach Pfingsten (31. Mai bis 5. Juni) hat der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband in Hamburg seine neunte Generalversammlung abgehalten. Die wichtigste Aufgabe des Verbandes bestand in der „Finanzreform“, um der durch ein verfehltes und überspanntes Unterstützungswesen eingetrisenen Finanzmisere Einhalt zu bieten. Ob diese Aufgabe eine ausreichende Lösung gefunden hat, muß die Zukunft noch ergeben, wir wagen es stark zu bezweifeln. Wenn die verbandseitig gelieferten Berichte der sozialdemokratischen Parteiblätter — die bürgerliche Presse hat, soweit wir übersehen konnten, von der Tagung überhaupt keine Notiz genommen — ein richtiges zutreffendes Bild der Verhandlungen bieten, so hat man sich des langen und breiten und oft sehr erregt über „Mannheim und Stettin“, „Demokratie“ und „Autokratie“ auseinandergesetzt, den wunden Punkt der finanziellen Ohnmacht aber sehr leicht und recht oberflächlich behandelt.

Die ausgedehnte Debatte zu dem vom Verbandsvorstandenden Schlick erhalteten Vorstandsbericht ließ die falsche Erziehungsmethode im sozialdemokratischen Lager drastisch in die Erscheinung treten. Die mit einer gesunden Gewerkschaftspraxis unvereinbare „Frankenlose“, „Demokratie“ besser gesagt Anarchie feierte wahre Orgien. Die Vorgänge in Stettin und Mannheim mußten fast ausschließlich die Kosten der Generaldebatte tragen. ... Die in Stettin vom Verbandsvorstand herausgegebenen Flugblätter seien von „Häß gegen die Arbeiterchaft“ gewesen, dessen Wirkungen in zehn Jahren nicht mehr gut zu machen wären. In Mannheim habe der „Abolotismus den Gipfelpunkt erreicht.“ Ähnlich, wenn auch im Ton gemäßigter, liefen die meisten Redner Sturm gegen die eigene Verbandsleitung. Die besonnenen Elemente sind entweder nicht zu Wort gekommen oder es sind nur einige wenige unter den etwa 190 Delegierten vorhanden gewesen.

Nicht ganz mit Unrecht bemerkt das Scharfmacherblatt, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung zu dieser maßlosen Kritik, daß die sozialdemokratischen Führer den Haß der Massen stets gegen andere aufspeichern, ohne zu bedenken, daß sich der Haß einmal gegen sie selbst richten würde. Einen heinen Vorgehensmaß davon haben die Führer des Metallarbeiterverbandes in Hamburg erlebt und es ist nur eine hohle Phrase gewesen, wenn Cohen (Berlin) in seinem Schlusswort der angeblich zu Tage getretenen „Einigkeit“ im sozialdemokratischen Verband ein schwungvolles Loblied sang und behauptete, die breite Grundlage des Verbandes habe sich als eine feste und sichere erwiesen. — Alle Anträge, dem Vorstand bezüglich der Genehmigung der Fußsenierung oder Weiterführung wirtschaftlicher Kämpfe größere Rechte einzuräumen, wurden abgelehnt.

Bei dieser „Uebereinstimmung“ zwischen Verbandsleitung und Delegierten war es denn auch nicht verwunderlich, daß die Reformvorschlüge des Vorstandes nur zu einem geringen Teil Annahme fanden. Der Antrag der dafür eigens eingesetzten Kommission betreffs Einführung von Staffelbeiträgen wurde mit 133 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Der Vorstand wurde beauftragt, neue Berechnungen anzustellen und das Ergebnis dem nächsten Verbandstag vorzulegen.

Die Reform des unhaltbar gewordenen Unterstützungswesens zeitigte folgendes Resultat: Für die Erwerbslosenunterstützung wurden statt der bisherigen Karenzzeit von einem Jahr — 52 Wochen — in Zukunft 72 Wochen festgelegt, nachdem der weitergehende Antrag auf 78 Wochen abgelehnt war.

Der weitere Antrag, die Steigerung der Karenzzeit von einem Jahr oder 52 Wochen auf zwei

Jahre, 104 Wochen zu verlängern, wurde zuerst abgelehnt, dann annulliert und fand dann eine große Mehrheit. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes können jetzt also erst nach 1 1/2 jähriger Mitgliedschaft in den Bezug der höchsten Sätze der Erwerbslosenunterstützung gelangen.

Bezüglich der Unterstützung für Ausfalltage wurde beschlossen, daß für zeitweises Aussetzen mit der Arbeit nur dann Erwerbslosenunterstützung gewährt wird, wenn mindestens drei Tage hintereinander gefehlt werden muß. Gegenüber dem bisherigen Zustande, wo einzelne wie halbe Tage, sogar Stunden zusammengerchnet und unterstützt werden, ist das immerhin eine wesentliche Milderung. — Gemäßregeltenunterstützung soll auf die Dauer von längstens 18 Wochen gewährt werden. — Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Juli d. J. in Kraft.

Ueber die Maifeierfrage referierte der zweite Verbandsvorsitzende Abg. Reichel (Stuttgart). Er lehnte die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai als undurchführbar ab und empfahl eine nachher mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommene Resolution, worin dem Maifeierunfug ein Begräbnis erster Klasse bereitet ist. In der Metallindustrie ist diese ungewerkschaftliche und arbeiterschädigende Demonstration ja auch bisher schon völlig bedeutungslos gewesen. Es bedurfte also gar keines besonderen Beschlusses, um den Metallarbeitern die Unsinnigkeit dieser Sache noch plausibel zu machen.

In den radikalen, sozialdemokratischen Parteitreffen hat der Met. Verband aber mit diesem Beschluß die denkbar größte Enttäuschung ausgelöst. Das sozialistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, Nr. 134 führt in einem besonderen Artikel: „Die Maifeier und der Metallarbeiterverband“ schweres Geschütz auf. Der Hamburger Beschluß sei nichts Besseres als eine

„Warnung vor der Maifeier“, er schlägt einfach dem großen Organisationsgedanken, der sich in unseren modernen Arbeitervereinigungen verkörpert hat, brutal ins Gesicht: er faßt nicht die hunderttausende von Einzelwillen unter irgend einem ermunternden oder ablehnenden — Gedanken vereinigen zusammen, sondern er zerstört und er negiert insoweit das Lebenselement der Gewerkschaften, ihren organisatorischen Grundgedanken.“

Das Urteil ist hart für die Leiter des freien Verbandes, die sich doch im Schweiße ihres Angesichts bemühen, ihre Organisation im Geiste des Sozialismus zu leiten, wie es die „Metallarbeiter-Zeitung“ wiederholt beteuert hat.

Ferner befaßte sich die Generalversammlung mit dem Arbeiterschutz in der Metallindustrie. Referent war Reichstagsabg. Sebering (Hamburg). Nach dem Bericht der soziald. Parteipresse (Hamburger Echo Nr. 129 vom 6. Juni) hat Redner auch gegen den christlichen Metallarbeiterverband polemisiert und die Priorität im Hüttenarbeiterschutz für den Deutschen Metallarbeiterverband reklamiert. Sehr komisch nimmt sich dann die daran angeknüpfte Bemerkung Seberings aus: „Damit dürfte diese Legende (Priorität des christl. Metallarbeiterverbandes) ein für allemal zerstört sein.“

Mit diesen oberflächlichen Ausführungen Seberings kann übrigens in der Hüttenarbeiterschutzfrage aus schwarz nicht weiß gemacht und die als geschichtliche Tatsache feststehende Priorität des christl. Verbandes nicht aus der Welt geschafft werden. Daß Sebering im Jahre 1909 in Hamburg dieses Theater hielt, ist allein schon Beweis dafür, daß der sozialdemokratische dem christlichen Verband in dieser wichtigen Frage nachgehinkt kommt, da letzterer dieselbe Frage schon fünf Jahre früher, auf der Generalversammlung in Offenbach a. M. im Jahre 1904 behandelt hat. Schon damit allein dürfte die Legende der soziald. Priorität ein für allemal zerstört sein, abgesehen von der ununterbrochenen Weiterarbeit, die vom christlichen Metallarbeiterverband zu Gunsten der Hüttenarbeiter geleistet wurde und noch fortwährend geleistet wird. Die Legendenerzähler befinden sich mithin auf sozialdemokratischer und nicht auf christlicher Seite.

Es folgten dann noch Referate über das Arbeitskammergesetz und die Reichsversicherungsordnung. Zu jeder Frage wurde eine Resolution im Sinne der Berichterstatter angenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und mit dem Absingen der bei solchen Gelegenheiten unermüdlichen Arbeitermarzellied wurde die Generalversammlung geschlossen.

Alles in allem genommen, hat die Generalversammlung dieses größten Verbandes ein recht klägliches Resultat gezeitigt. Es wirkt geradezu komisch, daß der Vorstand jetzt besseres Material als Grundlage zur Staffelung der Beiträge beschaffen soll, während eine Kommission zwei Jahre daran gearbeitet, auch selbst die Generalversammlung nutzlos brauchbares zutage fördern konnte. Große radikale Sprüche klopfen ist auch leichter, als vernünftige Berechnungen über Staffelungen der Beiträge und Unterstützungen anzustellen. Wenn eine Generalversamm-

lung sich blamiert hat, dann die des großen Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hamburg; sie hat ihre Unfähigkeit aufs schlagendste bewiesen. Wir hatten geglaubt, es wären größere Geister dort zu finden, als tatsächlich vorhanden waren.

### Die Leitung des Trierer Eisenbahnerverbandes am Pranger.

Die Organisationsverhältnisse des Eisenbahner sind bekanntlich in den letzten Monaten Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Als die Zustände im alten „Trierer“ Verbande unhaltbar geworden waren, und sich zugleich die Unmöglichkeit einer Reform innerhalb dieses Verbandes erwies, bildete sich bekanntlich im Dezember vorigen Jahres ein neuer Verband mit dem Sitz in Elfersfeld, der auch sofort zu dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in ein Kartellverhältnis trat. Die Gegensätze prallten nun heftig aufeinander. Gegen Molz und sein System wurden außerordentlich schwere Beschuldigungen erhoben. Die eigenen Mitglieder drängten ihn schließlich dazu, die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen, wozu sich Molz allerdings erst nach langem Umschweifen bewegen ließ. Zum Teil wurden nun die Prozesse in den letzten Wochen erledigt. Das Ergebnis ist für die „Trierer“ geradezu niederschmetternd. Es bedeutet eine vollständige Niederlage des Trierer Verbandes und seiner Hintermänner aus dem katholischen Fachabteilungs-Lager.

Den schwersten Heroinfall zog sich Herr Molz in einem Prozesse zu, den er gegen den Kollegen Stegerwald, Generalsekretär des Gesamtverbandes, angestrengt hatte. Stegerwald hatte in einem Artikel in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ dem Vorsitzenden des „Trierer“ Verbandes wegen seiner mehr wie eigenartigen Handlungsweise stark zugesetzt. In der Hauptsache fühlte sich Molz wegen folgender Ausführungen Stegerwalds beleidigt:

1. „Sie (die Sozialdemokratie) suchte sich im Stillen der Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter zu bemächtigen mit dem Zwecke, daß heute schon die Leitung einer ganzen Anzahl Ortsvereine des Trierer Verbandes sich in sozialdemokratischen Händen befindet.“
2. „Als dann Anfangs April bekannt wurde, daß Herr Molz zwischen Abgeordneten und Eisenbahnministerium das vorher gekennzeichnete, durch und durch unehrliche und doppelzüngige Spiel getrieben hatte, mußten alle Leute, denen Selbstachtung keine Phrase ist, es ablehnen, Molz irgendwo einer Partei als Kandidaten zu empfehlen.“
3. „Daß Führer der christlichen Gewerkschaften, die sich zur Zentrumsparterie bekennen, und dort über einigen Einfluß verfügen, nicht „moralisch verlumpt genug waren, Herrn Molz zu einem Landtagsmandat beihilflich zu sein, als feststand, welche unsäglich unwürdige und eine Arbeiterorganisation kompromittierende Rolle Herr Molz in Berlin gespielt hatte.“

Weil in einem Artikel des „Trierer“ Eisenbahnersorgans dem Kollegen Stegerwald „niederträchtige Hebe“, „gemeine Verleumdung“, „überspannter Hochmut“ ufm. vorgeworfen worden war, hatte dieser Widerklage erhoben. Am 21. Mai fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Trier statt. Kollege Stegerwald erbrachte einen geradezu erdrückenden Wahrheitsbeweis für seine gegen Molz erhobenen Anschuldigungen. Aus dem Mägel Molz wurde schließlich nach jeder Richtung der Angeklagte.

Das Urteil lautet: Stegerwald wird freigesprochen. Molz zu 50 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 10 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.“

Die Urteilsbegründung sieht den Wahrheitsbeweis in allen wesentlichen Punkten als geführt an.

Sie ist für Herrn Molz und seinen Anhang geradezu moralisch vernichtend. Laut Urteilsbegründung wird gerichtsseitig festgestellt, daß Molz in der Frage des Anschlusses seines Verbandes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ein durch und durch unehrliches und doppelzüngiges Spiel getrieben hat. Er hat im Gegensatz zu den Beschlüssen von Aufsichtsrat und Verbandsvorstand gegen den Anschluß agitiert und das Resultat der Unterredung mit dem Minister vollständig falsch dargestellt. In der Urteilsbegründung heißt es dann u. a. wörtlich weiter:

„Sodann schildert Molz in der Denkschrift seine Konferenz mit den christlichen Gewerkschaftsführern; darüber sagt er von sich: „Der Verbandsvorsitzende Molz wies jedoch die Verbindung des Eisenbahnerverbandes mit den christlichen Gewerkschaften, besonders auf die vorher bezeichnete Mißbilligung des Herrn Eisenbahnministers, mit Ent-

„Schiedensrichtigkeit.“ Das schreibt er, obwohl er in Wirklichkeit den Gewerkschaftsführern erklärt hatte, er sei ein alter Freund der christlichen Gewerkschaften, er sei für den Anschluß, und obwohl das behauptete Verbot des Ministers, wie ausgeführt war, niemals ergangen war. Man versteht es daher, wenn der Zeuge Gessberts bei Durchsicht der Denkschrift sagte, eine solche Unehrlichkeit sei ihm in seinem langjährigen politischen Leben noch nicht vorgekommen; und weiterhin in Privatkreisen äußerte, nach diesen Erfahrungen könne man Holz keiner Partei mehr als Kandidaten für ein Abgeordnetensmandat empfehlen. In gleichem Sinne äußerte sich der Zeuge Behrens.

Die Denkschrift war von Holz herausgegeben worden, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Delegiertentag seines Verbandes in Paderborn, auf dem über den Anschluß abgestimmt werden sollte. Vorstand und Aufsichtsrat empfahlen den Anschluß, — das ergibt sich aus Blatt 5 und 6 der Denkschrift — daß aber diese Denkschrift bezweckte, die Delegierten gegen dem Anschluß einzunehmen, war dem Gericht nach Durchsicht ihres gesamten Inhalts, besonders mit Rücksicht auf die unwahre Erzählung der Äußerungen des Ministers (Blatt 3 der Akten) unzweifelhaft. Holz bemühte sich somit entgegen dem Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrats den Anschluß bei den Delegierten zu hinterzählen; obwohl er — das hat der Zeuge Behrens bekundet — vorher geäußert hatte, es beständen Schwierigkeiten für den Anschluß, soweit sein Verband in Frage komme, bei den Delegierten und nicht bei ihm. Der Erfolg seiner Bemühungen war denn auch der, daß der Anschluß in Paderborn abgelehnt wurde.

Auf Grund dieser Feststellungen hat das Gericht in allen wesentlichen Punkten den Beweis der Wahrheit für die behaupteten Tatsachen, die inkriminiert wurden als geführt erachtet.

Der Angeklagte war auch befugt, die Tatsachen in seiner Gewerkschaftspressen zu erörtern, da er als Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften ein berechtigtes Interesse daran hat, die Vorgänge im politischen Leben des Gegners seiner Organisation von seinem Standpunkt aus zu beleuchten. Das Gericht würde daher, selbst wenn es den Wahrheitsbeweis nicht in allen Punkten als geführt erachtet hätte, dem Angeklagten den Schutz des § 193 St.-G.-B. zugestanden haben. Denn eine Absicht der Verleumdung war aus der Form und den Umständen nicht zu entnehmen. Es ist nicht ersichtlich, wie der Angeklagte das Verhalten des Privatklägers anders, als durch die Worte „doppelzüngig und unehrlich“ hätte kritisieren sollen. Daß Letzterer fern nach diesen Vorfällen nicht mehr als Kandidat einer Partei geeignet erscheint, war der Eindruck, den die Zeugen, die selbst Abgeordnete sind, gewonnen haben, und das Gericht teilt diese Auffassung. Daß schließlich auch das Ansehen der von Holz geleiteten Organisation durch das Bekanntwerden des Verhaltens ihres ersten Vorsitzenden im politischen Leben geschmälert werden könnte wie der Angeklagte behauptet hatte, hat ebenfalls das Gericht angenommen.

Gerichtsnotorisch ist nunmehr von Holz festgestellt worden, daß er ein „doppelzüngiges und unehrliches“ Spiel getrieben hat, weiter, daß er nach diesem Verhalten nicht mehr als Kandidat einer Partei geeignet erscheint, endlich, daß er durch seine Unehrlichkeit seinen Verband geschädigt und um den Kredit gebracht hat. Schlimmer kann ein Führer einer Organisation von Staatsarbeitern kaum bloßgestellt werden. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen aus dieser Niederlage gezogen werden. Eines aber steht fest: Die weiter denkenden Eisenbahner haben sehr recht getan, als sie sich in dem neuen Eisenbahner Verband die Grundlage für eine wirklich solide und ernsthafteste Interessenvertretung schufen, und die Verbindung mit dem so bloßgestellten Trierer Verband lösten.

In einer weiteren Klagesache gegen den Kollegen Triquart wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß während längerer Zeit der Direktor der Trierer Paulinusdruckerei, Dr. Langer, der wirkliche Leiter des Trierer Eisenbahnerorgans gewesen ist. Ein geradezu unübersehbare Bild: Der verantwortliche Redakteur Holz weiß angeblich von nichts, der sozialistische Buchdrucker „Heinrich vom Rhein“ schreibt Artikel und der Geistliche Dr. Langer, ein ausgesprochenes Fach-Abteilungsanhänger leitet die Gesamtdirektion des Organs eines interkonfessionellen, christlich-nationalen Verbandes; diese Feststellung ist unübersehbar!

Endlich hielten sich die Trierer noch weitere Niederlagen an den Gerichten zu Saar-

brücken, Barmen und Kirchen (Sieg). In Saarbrücken wurde ein Hauptschreiber des Trierer Verbandes zu 15 Mk. Geldstrafe und in sämtlichen Kosten verurteilt, weil er den bisherigen Vorsitzenden des neuen Verbandes bei den vorgelegten Stellen verdächtigt hatte, um ihn aus der Arbeit zu bringen. In Barmen suchten die „Trierer“ das Vermögen des früheren Ortsvereins auf gerichtlichem Wege an sich zu bringen. Die Kläger wurden abgewiesen und zum Tragen sämtlicher Kosten — selbst die des gegnerischen Rechtsanwalts — verurteilt. In Kirchen wurde ein Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes von der Anklage, Holz beleidigt zu haben, freigesprochen. Holz muß die Kosten des Verfahrens tragen.

Somit gestatteten sich die bisherigen Prozesse zu einer wichtigen Niederlage sowohl für die Leitung des Trierer Verbandes, wie auch für die hinter denselben stehenden Fachabteilungs-Drahtzieher. Gerichtlich festgestellt ist, daß aus purem Haß und Neid gegen die christlichen Gewerkschaften die Fachabteiler den interkonfessionellen „Trierer“ Verband für ihre Zwecke mißbrauchten, — zum Schaden der Eisenbahner. Weiter ist augenscheinlich dargetan, daß sie in dem Vorsitzenden Holz für ihr Treiben ein williges Werkzeug fanden. Durch weitere Prozesse wird die Situation noch mehr geklärt werden. An uns wird es nun sein, überall dort, wo die Möglichkeit vorliegt, den jungen Eisenbahnerverband zu unterstützen und ihm die Wege ebener zu helfen. Nach kaum halbjährigem Bestehen hat derselbe schon rund 7000 Mitglieder gewonnen. Bei allseitiger genügender Unterstützung wird der Verband bald eine achtunggebietende Organisation darstellen. Das Ansehen des alten Verbandes dagegen schwindet mehr und mehr.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands**

hielt in den Pfingsttagen in Heibelberg seinen III. Verbandstag ab, dem 19 Delegierte, die Beamten, sowie als Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär *Wassermann* und vom interkonfessionellen christlichen Tabakarbeiterverband Kollege *Millich*, Wien, beizuhöhen. Der Geschäftsbericht, der zum erstmalig gedruckt vorlag und dem eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Verbandes beigegeben ist, wurde vom Vorsitzenden, Kollege *Sammann* gegeben. Ihm ist zu entnehmen, daß der Verband in der Berichtszeit durch die Ungunst der Verhältnisse in der Mitgliederzahl etwas zurückgegangen ist. Ungünstiger hat sich der innere Aufschwung des Verbandes gestaltet. Die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen sind um mehr als das Doppelte, von 61 920,57 Mark auf 135 496,94 Mark gestiegen. Das gesamte Verbandsvermögen ist von 4771,52 Mark am 31. Dezember 1906 auf 56 837,71 Mark am Jahresabschluss 1907 gestiegen. An Streikunterstützung wurde 20 300,26 Mark (in der vorigen Berichtszeit 93 600,27 Mark) gezahlt. Diese Minderausgabe ist zu einem großen Teile daraus zurückzuführen, daß in der Berichtszeit die fortwährende Bedrohung mit Tabaksteuern eine regere Tätigkeit beeinträchtigte. Außerdem ist der vom Verbands gegen die Steuergefahr geführte Abwehrkampf als eine einzige große Bewegung gegen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu betrachten und entsprechend zu würdigen. Es wurden 91 Lohnbewegungen mit 2278 beteiligten Arbeitern geführt und dadurch allein an höheren Löhnen 210 000 Mark erzielt. Früher hat man die Ansicht vertreten, daß Tarifverträge in der Zigarrenindustrie nicht einführbar seien, demgegenüber ist mitzuteilen, daß es in 17 Betrieben zu solchen Verträgen gekommen ist.

Die vorliegenden Anträge auf Erhöhung der Unterstellungen wurden fast durchweg abgelehnt, weil die Delegierten von der festen Überzeugung durchdrungen waren, daß der Verband in finanzieller Hinsicht noch bedeutend gestärkt werden müsse, um seine wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen. Beschlossen wurde, den Sitz des Verbandes von Rees nach Düsseldorf zu verlegen, um eine zentralere Lage zu erhalten. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Der Vormittag des zweiten Verhandlungstages diente dazu, die gegenwärtig für den Verband und das ganze deutsche Tabakgewerbe hochwichtige Frage der Tabaksteuerung und des vom Verbands geführten Abwehrkampfes einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Das hierfür vorgelegte Referat: „Der Abwehrkampf, seine Lehren und unsere zukünftigen Aufgaben“ hielt der Redakteur des Verbandsorgans, Kollege *Röblich*. Die Nachmittags-sitzung brachte dann ein Referat des Verbandssekretärs Kollegen *Eichenlaub* aus Karlsruhe über: „Die Agitation im Tabakgewerbe mit besonderer Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse.“ Von den 202 572 in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind ungefähr 40 000 organisiert, also kaum 20 Prozent. Von den verbleibenden 160 000 steht aber noch die weitaus größte Mehrheit auf christlich-nationalem Boden; diese können für den Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter gewonnen werden. — Folgende Resolutionen fanden einstimmige Annahme:

1. „Der Verbandstag der christlich-organisierten Tabakarbeiter macht in der Frage der gegenwärtig im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehenden Reichsversicherungsordnung darauf aufmerksam, daß nach dem vorliegenden Regierungsentwurf für den Fall seiner Gesetzwürdung die große Gefahr besteht, daß die Zigarrenarbeiter im weitesten Umfange den vorgezeichneten Landrentenklassen angehören hätten, die einen ähnlichen Charakter wie die bisherigen Gemeinderentenversicherungen mit ihren ungenügenden Leistungen tragen. Der Verbandstag richtet daher an die gesetzgebenden Körperschaften das Ersuchen, in der neuen Reichsversicherungsordnung Landrentenklassen nicht

als Ersatz von Ortsrentenklassen vorzusehen. Die Ortsrentenklassen sind durch besondere Einrichtungen den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen und nur in Ausnahmefällen die Landrentenklassen als Ersatz zuzulassen.“

2. Der III. Verbandstag der christlich-organisierten Tabakarbeiter beschließt zur Frage der Tabaksteuerung: „Die Lage der Tabakarbeiter ist eine überaus traurige, so daß die Lebenshaltung hinter derjenigen der Angehörigen anderer Berufe weit zurücksteht. Die Tabakindustrie ist hauptsächlich in ländlichen Bezirken verbreitet, in denen eine andere industrielle Erwerbsmöglichkeit für die Arbeiter nicht vorhanden ist. Ein großer Teil der deutschen Tabakarbeiter ist an die heimliche Scholle gebunden und hat sich im Verlauf der Jahre ein kleines Eigentum erworben. Der steuerliche Eingriff in die Tabakindustrie von 1879 hat eine bedeutsame Beschränkung der Arbeiterzahl und eine gewaltige Verschlechterung der Lebenslage der Tabakarbeiter gebracht. Diese Folgen sind bei einer neuen Tabaksteuerung unausbleiblich, umso mehr als in der Zwischenzeit die Zentralisation der Industrie bedeutsame Fortschritte gemacht und die Arbeiterzahl sich mehr als verdoppelt hat. Diese sozial äußerst ungünstigen Wirkungen treten bei jeder Tabaksteuererhöhung, ganz gleich, in welcher Form sie erfolgt, in Erscheinung. Gegen die Besteuerung des Tabaks, wie sie die Finanzkommission beschlossen, wendet sich der Verbandstag insbesondere auch deshalb, weil diese Steuerreform geeignet ist, die Tabakindustrie fortwährend zu heimmühen und die Arbeiter ständiger Unsicherheit auszuweisen. Der Verbandstag betont mit aller Schärfe das Verhalten des Deutschen Tabakvereins, durch das den Freunden einer höheren Tabaksteuerung in die Hände gearbeitet wurde. Der Steuerbedarf des Reiches muß selbstverständlich gedeckt werden, doch kann der Verbandstag nicht zu der Überzeugung gelangen, daß diese Deckung nur möglich sein sollte, wenn eine einzelne Industrie in solchen sozialen Folgen verwickelt, und welche Arbeiterkreise schweren Schädigungen ausgesetzt würden. Der Verbandstag richtet an den hohen Reichstag das dringende Ersuchen, jeder erneuten Tabaksteuerung seine Zustimmung zu verweigern.“

**Fachabteilungs-Konfusion.**

Die geistigen Führer der Berliner Fachabteilungen haben stets mit der größten Kühnheit behauptet, den christlichen Gewerkschaften fehle es an einem klaren Programm und Ziel, im Gegenteil zu den Fachabteilungen vom „Sitz Berlin“, bei denen alles geordnet sei, wie jetzt es nun in Wirklichkeit mit diesem klaren Aktionsprogramm aus? In Nr. 20 unseres Organs haben wir folgende Schwarzlehre des Fachabteilungssekretärs *Musiol* wiedergegeben, die er in der „Reißer Zeitung“ niedergeschrieben hat:

„Wer mit den Arbeitern im engeren Verkehr steht, deren berechtigten Klagen hört, die Tränen ihrer Frauen und Kinder sieht, der kann es erraten, daß wir einen sehr ernsten und verhängnisvollen Zeitpepoch entgegengehen, und wenn dann das Unvermeidliche eintreffen wird, so sagen wir schon heute: Die Arbeiter sind nicht schuld daran. Die Gegensätze verschärfen sich von Tag zu Tag, und die Ungerechtigkeit der Kapitalmacht bedroht den Zusammenbruch der menschlichen Gesellschaft.“

Das ist radikale sozialdemokratische Geisteskost nach den grundsätzlichen Ansichten des soziald. Pfadfinders Marx, die auch im Parteiprogramm enthalten ist. Treffend ergänzt wird diese Ansicht eines Fachabteilungsleiters durch eine auf dem vorigjährigen Delegiertentage des Berliner Verbandes geführte Diskussion über das „Endziel des Verbandes in der Lösung der sozialen Frage.“ Das Thema ist problematisch, aber die Diskussionsredner haben auch die besten Proben ihres Könnens in der Lösung problematischer Fragen gegeben. Da führte aus:

Redakteur *Dehmen-Roblenz*: „In allen sozialpolitischen Versammlungen, wo ich bisher gewesen bin, habe ich immer darauf hingewiesen, die freie Konkurrenz, die Gewerbefreiheit ist die Wurzel alles Übels.“

*Bull-Breslau*: „Wehe dem Verein, der dem Verbands angegeschlossen ist und diese Frage diskutiert nach dem Grundsatze Dehmens, daß die Wurzel aller Übel, die wir heute sehen, in der freien Konkurrenz und der Gewerbefreiheit zu erblicken ist. Da stehen die Herren so wie die Sozialdemokraten und die christlichen Gewerkschaften.“

*Müller-Waldenburg*: „Wir können nicht warten, bis die christlichen Grundzüge von jedem freiwillig zur Anwendung gebracht werden. Darum geht das Bestreben hervor: wo kein Recht ist, wo Willkür herrscht, da schafft man ein Gesetz.“ (Und so lange das Gesetz fehlt, lassen sich die „Berliner“ die Willkür ruhig gefallen, denn das letzte Mittel der Notwehr, der Streit, wird als moralisch verwerflich, von den unentwegtesten Fachabteilern sogar als „Todsünde“ bezeichnet und bekämpft. Red. b. Btg.)

*Ditersbach-Mahen*: „Wir wissen, daß unter unseren wirtschaftlichen Verhältnissen die völlige Lösung der sozialen Frage herbeizuführen unmöglich ist. Ich gehe sogar noch weiter und sage, daß es gegen das Prinzip des Christentums ist, die soziale Frage zu lösen. So lange der Fluch der Sünde vom Paradies auf uns ruht, wird es wahr sein, daß wir im Schweiße unser Brot verdienen und essen müssen.“

Herr du meine Güte! Sind das kapitale Konfusionsräte! Der eine sieht die Gegensätze sich immer mehr verschärfen und den Tag immer näher rücken, der den Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsordnung bringt, der andere sieht die Ursache allen Übels in der Gewerbefreiheit und der dritte behauptet gerade das Gegenteil: ein vierter will die christlichen Grundzüge überall angewendet sehen und der fünfte behauptet darauf, das Christentum sei gegen die Lösung der sozialen Frage. O, es sind Schla-

berger, diese Träger des "Karen" und "bestimmten" Berliner Programms. — Vielleicht wird aber doch mancher Teilnehmer des Delegiertentages gedacht haben, nachdem die "Führer" ihre Weltweisheiten hatten fliegen lassen:

Wir geht es von allem Gerede so bumm,  
Als wie ein Mühlrad im Kopf herum.

**Brüder Metallarbeiter und Schmied.**

Neuerdings hat der brüderliche Vernichtungskampf des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen den sozialdemokratischen Zentralverband der Schmiede mit erneuter Heftigkeit eingesetzt. Diesen Kampf haben auch die im vorigen Jahre zwischen den Verbandsvorständen abgeschlossenen Vereinbarungen nicht verhüten können. Den ungeduldrigen Machern des Metallarbeiterverbandes dauert der Todeskampf des Schmiedeverbandes noch zu lange und so wird nachgeholfen. Mit welchen "brüderlichen" Waffen, erstet man aus folgender Zuschrift: in Nr. 23 der soziald. Schmiede-Str., worin es u. a. heißt:

Die Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung bringt unter der Rubrik "Schmiede" einen Artikel aus der Feder des Frankfurter Metallarbeiters Karl Möller. In diesem Artikel wird der Brüberkampf, welcher sich seit Monaten zwischen Metallarbeiter- und Schmiedeverband abspielt, als Skandalus bezeichnet und betont, daß die Funktionäre unseres Verbandes bei der Agitation zu den verwerflichsten Mitteln griffen. Als Angestellter meiner Organisation möchte ich an dieser Stelle gegen derartige per se die Hauptungen ganz entschieden Verwahrung einlegen. Möglich wäre etwas Derartiges nur dann, wenn ich und meine Kollegen dies beabsichtigt bei der Firma Vorhölzer, Josephin und Möller absolviert hätten, was meines Wissens nicht der Fall ist. Möller ist wohl die ungeeignetste Person, derartige Vorwürfe erheben zu können, denn unsere Kollegen seines früheren Wirkungskreises (Hannover) haben die Mittel kennen gelernt, welche von Möller angewandt wurden, um dort zu erknen, wo man nicht gefaßt hatte. Ich habe es stets aufs tiefste bedauert, wenn Organisationen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, zum Gaudium unserer Gegner einen derartigen Kampf heraufbeschwören, wenn sie wie zwei Raubtiere dasitzen und nur auf den Moment warten, wo sie sich mit ihrer Tazg einärs zwischen können. Verlangen aber kann man nicht, was man oder eine Zeit alles gefallen läßt, ohne sich zur Wehr zu setzen. Fehler werden schließlich überall gemacht, beim Deutschen Metallarbeiterverband so gut wie wo anders. Wenn nun aber einzelne Funktionäre der Metallarbeiter herkommen und mit Mitteln kämpfen, wie es Vorhölzer in Neuenbürg getar hat, so muß man sich doch fragen, ob es nicht angebracht ist, für die Zukunft gegen solche Leute eine andere Taktik einzuschlagen, falls der Vorstand des Metallarbeiterverbandes nicht selbst eingreift und sich eine derartige, die Allgemeinheit schädigende Agitationsweise verbittet. Es ist mir ganz unverständlich, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes derartige duldet, und noch dazu in einer Zeit, wo Verhandlungen zwecks Verschmelzung beider Organisationen angebahnt werden sollen. Wenn sich derartige Fälle wiederholen, so wird der Metallarbeiterverband damit erreichen, daß selbst diejenigen, die einer Verschmelzung nicht unsympathisch gegenüberstehen, anderer Meinung werden, denn der Gedanke, schließlich später mit solchen Leuten gemeinsam in einer solchen Organisation wirken zu müssen, dürfte bei vielen Kollegen keine angenehmen Gefühle auslösen. Dadurch, daß man möglichst prominent auftritt (Vorhölzer), und sich anmaßt, ein tüchtigerer und geschickterer Mensch zu sein, wie andere Organisationsvertreter, dadurch, daß man in ähnlicher Weise sich über andere lustig macht, ihnen Unfähigkeit usw. vorwirft, ohne selbst den Beweis der Fähigkeit erbracht zu haben, gewinnt man nicht an Ansehen, da ein derartiges Auftreten abstoßend wirkt. Wenn Vorhölzer in Neuenbürg die Unmöglichkeit beging, in Gegenwart unorganisirter Kollegen unsere Organisation zu beschimpfen, um einen eventuellen Erfolg unsererseits zu bereichern, und dann sehen mußte, daß auch für seine Organisation nichts gerettet werden konnte, so kann er sich mit der Gewerheit die Hand reichen, die auch alles entzwei schlägt, um retten zu können. Wenn derartige bedauerliche Vorkommnisse zu bezeichnen sind, so haben beide Organisationen den Schaden davon. So gut wie es in anderen Gauen möglich ist, sich gegenseitig zu achten und mit anständigen Wasser zu kämpfen, wenn es nötig ist, so muß es auch in Süddeutschland möglich sein. Wenn auf beiden Seiten der Wille vorhanden ist, die bestehenden Gegensätze auszugleichen, wird eine Wendung zum Besseren eintreten. Dazu gehört vor allen Dingen, daß man sich gegenseitig die nötige Achtung entgegenbringt, was leider bei manchen Seiten große Ueberwindung erfordert, da mit jedem Tausend Mitgliederzunahme auch der wahre Feind, trotzdem diese Personen keinen Pfifferling mehr sind wie andere."

„Die Raubtiere“ stehen sich nach dem Urteil dieses Artikelschreibers also die „brüderlichen“ Genossen gegenüber. Sehr interessant ist auch das vorstehende Urteil eines Genossen über den Bezirksleiter Vorhölzer, der sich bekanntlich auch in der gehässigten Bekämpfung der Christlichen berüchtigt gemacht hat. Eins aber können wir Christlichen Arbeiter aus dem Vernichtungskampf der Genossen untereinander lernen, nämlich auf der Hut zu sein, denn gegen uns werden diese Leute mit noch viel gehässigeren Mitteln und Beschimpfungen kämpfen, um die verhasste Christliche Bewegung zu vernichten. Dann müssen sie aber den letzten Christlichen Arbeiter auf dem Wollen tun

**Die Aufnahme des Gutenbergbundes in die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft**

ist nunmehr endlich zur Tatsache geworden. Die Bestrebungen der christlichen Arbeiterbewegung, die Monopolstellung des „freien“ Buchdruckerverbandes im Buchdruckergerwerbe zu beseitigen, sind von Erfolg gewesen. Schritt für Schritt wurden die diesbezüglichen Anstrengungen des freien Verbandes zur Erreichung der Gleichheit in der Tarifgemeinschaft und im Organisationsvertrage zurückgedrängt. Zuerst mußte er erleben, daß die Bestimmung im Organisationsvertrage fiel, wonach den Sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes zu beschäftigen. Dann erfolgte die Tarifstreuerklärung des Gutenbergbundes seitens der Prinzipalvereinigung und nunmehr hat letztere auf ihrer Generalversammlung zu Köln am 7. Juni mit 65 gegen 29 Stimmen beschlossen, daß mit dem Gutenbergbunde ebenfalls ein Vertrag, die Tarifgemeinschaft betreffend, getätigt werden soll. Damit sich der Buchdruckerverband über die für ihn sehr peinliche Niederlage beruhigt, hat ihm die Prinzipalvereinigung ein Beurlaubungsgeld durch folgende Resolution verabreicht:

Die heutige Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins hat sich zum Abschluß eines Gastungsvertrages mit dem Gutenbergbunde in Sachen der Tarifgemeinschaft in dem festgesetzten Wortlaute entschlossen, um hierdurch ein weiteres erzieherisches Mittel zur Kräftigung der Tarifstreue zu schaffen. Der Deutsche Buchdruckerverein ist überzeugt, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker, dessen lokale Haltung in Tarifangelegenheiten durchaus anerkannt wird, in dem Abschluß dieses Vertrages nichts anderes erblicken kann, als eine Bemühung des Deutschen Buchdruckervereins zur weiteren Durchführung des auch von dem Verbands stets hochgehaltenen Grundsatzes der Hebung der Tarifstreue."

Die Verdienste des Buchdruckerverbandes um die Tarifgemeinschaft ist auch von christlicher Seite stets anerkannt worden. Und wenn er eine wirklich neutrale Organisation geblieben wäre, so würde keine christliche Buchdruckerorganisation entstanden sein. Aber hier wie in allen anderen Gewerben haben es die Sozialdemokraten nicht anders gewollt.

**Geldgeber der sozialdemokratischen Gewerkschaften.**

In der sozialdemokratischen Presse streitet man sich zurzeit darum, ob die revisionistischen „Sozialistischen Monatshefte“ von bürgerlichem Geld über Wasser gehalten werden oder nicht. Genosse Bebel hatte in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ mitgeteilt, die Geschäftsführerin Mundt der „S. M.“ habe in Frankfurt bei bürgerlichen Geldleuten den Klingelbeutel geschwungen. Darauf antwortet die betreffende Genossin dem Abg. Bebel in einem offenen Brief wie folgt:

„Ich kann Ihnen — gewiß auch zu Ihrer Freude — mitteilen, daß Sie falsch berichtet worden sind. Ich war im Jahre 1905 in Frankfurt und habe mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen über die Beschaffung von Mitteln für die „S. M.“ beraten. Der einzige nicht unserer, aber auch keiner anderen Partei angehörige Mann, den ich auf Empfehlung vieler alter Frankfurter Genossen um materiellen Beistand für die „S. M.“ anging, war als Geldgeber für Zwecke der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften bekannt."

In einer Antwort auf diesen Brief der Genossin Mundt bestreitet Herr Abg. Bebel die Darstellung, daß der betreffende Geldgeber keiner politischen Partei angehört habe, er sei ihm (Bebel) als linksliberaler bekannt gewesen. Dann heißt es im Brief Bebel wirklich weiter: „Daß er die „S. M.“ und auch die Gewerkschaften unterstützt hat, war mir bekannt, daß er aber Geldgeber der Sozialdemokratie (doch wohl der Frankfurter?) gewesen sein soll, ist mir neu.“ So Bebel, der es wissen muß.

Dieser nicht der sozialdemokratischen Partei angehörige splendide Mann war also auch als Geldgeber der sozialdemokratischen Gewerkschaften bekannt. Das läßt tief blicken, würde Sabor sagen. Wenn der Betreffende den freien Gewerkschaften keine Zuwendungen gemacht hätte, konnte er doch nicht als Geldgeber bekannt sein. Die freien Gewerkschaften scheinen mithin recht häufig schon praktisch nach dem Grundsatz gehandelt zu haben: Geld riecht nicht.

**Streits- und Lohnbewegungen.**

**Rombach (Lothringen).** Der Streik der Walzwerksarbeiter der Rombacher Hütte in Rombach (Lothringen) ist beendet.

Trotzdem Streikbrecher von auswärts nicht gefunden wurden, mußte der Kampf abgebrochen werden. Nach dem am Sonntag, den 6. Juni zwei große Volksversammlungen zu dem Streik Stellung genommen hatten, beschloßen die Arbeiter am Montag mit Dreiviertel-Mehrheit, weiter zu streiken. Die Hütte erhielt einen Anschlag, daß die Arbeiter entlassen, seien, welche am Dienstag die Arbeit nicht aufnahmen. In dem Walzwerk von Dr. Wendel und in Differdingen wurde Streikarbeit verrichtet für Rombach. Aus Furcht, nicht mehr eingestellt zu werden, gingen darauf von den Streikenden eine Anzahl arbeiten. Als dann Dienstag der Streik mit Rücksicht auf die Unhaltbarkeit aufgehoben wurde,

blieben 63 Mann, die besten und Ältesten Arbeiter, auf der Straße. Unser Verband war nur mit 6 Mann beteiligt, der Gewerksverein S. D. hatte ungefähr 70 und die Sozialdemokraten ca. 24 Mann dabei. Alle drei Organisationen hatten die Sperrung über den Walzwerksbetrieb der Rombacher Hütte aufrecht. Mit aller Deutlichkeit hat diese Bewegung gezeigt, daß mit kleinen Mitteln bei großer Weisheit nichts zu erreichen ist. Hier heißt es, organisieren und schulen, denn diese Werkzeitleute fragen nicht nach den großen Schäden, die solche Bewegung ihnen bringt. Uns Prinzipal suchen sie die Organisation niederzuringen. Darum, Glättenarbeiter, hinein in die Organisation. Zu Tausenden müßt Ihr zusammenstehen und nicht so gleichgültig zusehen wie bisher, dann wird auch für Euch Besserung erreicht.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Medaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Berlin.** Die Bauklemperer stehen in einer Lohnbewegung.

**Sollingen.** Ueber die Firma Mandewirtz ist die Sperre verhängt.

**Böckum.** In der Glasererei der Westfälischen Stahlwerke sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

**Delmenhorst.** In der Binoleumfabrik „Schlüsselmark" stehen die Arbeiter im Streik.

**Dortmund.** Wegen fortgesetzter Mafregelung organisierter Arbeiter wurde über das Eisen- und Stahlwerk Hösch die Sperre verhängt und ist Zugang von Arbeitern aller Berufe fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Schlosser im Baugewerbe sind ausgeperrt.

**Hannover-Linden.** Hier stehen die Klemperer und Installateure im Streik.

**Nadbornwald.** Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Titan sind die Arbeiter ausgeperrt. Zugang ist fernzuhalten.

**Beachtung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 20. Juni 1909 der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 27. Juni fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, werde man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbands beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses besser wie bisher beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des Christl. Metallarbeiterverbandes, Dutsburg, Seitenstraße 19 und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Wolfsbittel.** Am 1. ds. Mts. hielt uns Kollege Hoffmann, welcher hier einige Tage zu Besuch weilte, einen Vortrag über den Arbeitskammergesetzwurf. Der Referent führte uns zunächst die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens vor Augen. Kam dann auf die Körperschaften zu sprechen, welche der Staat im Interesse derjenigen Kreise, deren Wirtschaftsverhältnisse es zu regeln galt, eingerichtet hat. Es sind die Handels-, Gewerbe-, Landwirtschafts- und Handwerkerkammern. Da infolge der industriellen Entwicklung eine große industrielle Lohnarbeiterschaft auf dem Plane erschien, war der Staat gezwungen, neben der Wirtschaftspolitik auch Sozialpolitik zu treiben. Da es jetzt galt die sozialen Verhältnisse des neuerschienenen Lohnarbeiterstandes zu regeln, hatte man mit Recht erwartet, daß der Staat Interessen-Vertretungen, wie er es bei den anderen Kreisen getan hat, einrichten ließ. Aber dieses geschah leider nicht, sondern man beschränkte sich in bezug der Sozialpolitik die bereits bestehenden Interessen-Vertretungen der anderen Kreise. Redner schloß weiter aus, daß nun endlich Anstalten vorhanden wären, daß diese Lücke durch das Arbeitskammergesetz

ausgeführt wird. Dann ging er auf den Entwurf dieses Gesetzes näher ein und machte besonders auf die Verbesserungsfähigkeit dieses Punktes aufmerksam. Ferner kritisierte unser Kollege die Stellungnahme des Zentralverbandes deutscher Industrieller, sowie des deutschen Handelstages zu dieser Frage. Beide Körperschaften lehnen die Arbeitskammern schamlos ab und halten jedes Bedürfnis für eine Interessenvertretung dieser Art für nicht nötig. Nicht Arbeiter, sondern paritätische Arbeitskammern, in denen Arbeiter und Arbeitgeber vertreten sind, ist das Ziel der christlich-nationalen Arbeiterschaft, so schloß der Referent seinen interessanten Vortrag.

Noch einige Worte für unsere Mitglieder! Der Besuch unserer letzten Versammlungen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Es herrscht nicht mehr der alte Geist wie früher. Es erscheinen nur immer die alten getreuen Reden regelmäßig, sie lassen sich durch nichts verbieten, die nicht leichte Arbeit im Interesse der übrigen Kollegen zu erledigen. Während ein großer Teil der Mitglieder überhaupt nicht oder nur sehr wenig die Versammlungen besucht. Kollegen, das muß wieder anders werden!

Der Frühling ist ins Land gezogen und dessen Herz schlägt da wohl, nicht voller Wonne, wenn er draußen die Natur betrachtet, wie sie sich nach dem langen strengen Winter wieder mit neuem Saft und frischer Kraft erhoben hat. Unwillkürlich geht es durch das Menschenherz, auch du mußt wieder mit frischem Mut und neuer Kraft an deine Arbeit, an dein Werk gehen. Darum frisch auf, Kollegen! Laßt uns den bösen Winterschlaf abschütteln und mit frischem Mute für unsere Arbeiterinteressen weiterarbeiten, wie es sich für erwachsene Männer geziemt. Jeder einzeln muß zu der nächsten Sitzung, welche Ende dieses Monats stattfindet, mit einem Herzen voll Eifer erscheinen.

**Oberschlesien.** (Hirsch-Dundersches.) Der christliche Metallarbeiterverband scheint es der einzig „neutralen“ und „richtigen“ Gewerkschaftsorganisation in Deutschland, dem Gewerbeverein S.-D., in letzter Zeit angetan zu haben. Genau wie die Herren vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wissen auch sie von allerlei „Schandtaten“ des christl. Metallarbeiterverbandes aus jüngster Zeit zu berichten. Wo das nicht zieht, zur Verunglimpfung des christl. Metallarbeiterverbandes und zum Mitgliederzuzug nicht besonders geeignet ist, helfen sie sich allerdings mit anderen „erlaubten“ Mitteln aus. Da müssen dann die einzig „vollkommenen“ Kranken- und Sterbeunterstützungen des Gewerbevereins gegenüber den ganz „miserablen“ Unterstützungsanstalten des christl. Metallarbeiterverbandes als Schacher- und Beruhigungsmittel für die Mitglieder vor allem der recht großen Zahl von Ausscheidenden in den S.-D. dienen.

Wer die internen Verhältnisse der S.-D. kennt, findet das nicht auffällig und regt sich dabei ja auch nicht weiter garnicht auf. Wir werden allerdings die Herrschaften für jede Dreistigkeit, die sie sich erlauben, ganz gründlich auf die Finger klopfen, da h. wenn es der Mühe wert ist. Wenn allerdings so ein Herr Schuhmann für eine „Glanzrede“, die er in einer öffentlichen Versammlung unseres Verbandes in der Diskussion gehalten hat, im „Regulator“ sich selbst ein Lob spendet, dann noch behauptet, was der Referent Schlimmer in seinem Vortrage ausgeführt, sei garnichts anderes gewesen als konfuse Zeug, die schon seit Jahren abgedroschene sozialdemokratische Phrase von den „gl. Bitaten nachbetet, so lohnt es sich wirklich nicht, darauf besonders zu antworten. Daß übrigens die S.-D. die „tätigsten“ Männer der deutschen Arbeiterbewegung zu ihren Führern zählen, zeigt ja die „gewaltige“ Entwicklung derselben in den 41 Jahren ihres Bestehens, und sollte jeder gewerkschaftliche Abschlüßler wissen und „anerkennen“. Auch einige Unwahrheiten über Zusammenfassung der Versammlung zc. sollen dem Herrn für heute geschenkt sein. An „kleine“ Unrichtigkeiten, Verdrehungen und Entstellungen in der Berichterstattung haben wir uns bei den S.-D. wie bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern im Laufe der Zeit schon gewöhnt, sodaß auch das nicht mehr auffällt. Heute wollen wir einen Artikel des „Regulator“ über Oberschlesien etwas unter die Lupe nehmen.

In Nr. 20 des „Regulator“ bringt der Bezirksleiter für D.-Schl. einen Bericht, der sich mit den Unterstützungsverhältnissen in unserem Verbande beschäftigt und nach bekannter Manier die Unterstützungsverhältnisse des S.-D. Gewerbevereins als himmelhoch erhaben über die unseres Verbandes hinzustellen versucht. Eine Gegenüberstellung der Unterstützungen beider Organisationen erübrigt sich vorläufig an dieser Stelle. Die Leser unseres Organs sind genau unterrichtet über die Leistungen unseres Verbandes und wissen, was sie von den Forderungen des S.-D. zu halten haben. Umso mehr wollen wir uns jedoch einmal mit dem Treiben der S.-D. in Oberschlesien beschäftigen. Der Artikelschreiber hat dann aus der veröffentlichten Jahresabrechnung unseres Verbandes für Oberschlesien nur zwei Ortsgruppen herausgefunden. Er leidet wohl an Kurzsichtigkeit, sonst würde er die anderen wohl auch gesehen haben.

Vielleicht hat auch der Fanatismus etwas gebildet. Um die Mitgliederzahl in D.-Schl. zu erfahren, rechnet er dann die von den zwei Ortsgruppen an die Zentralkasse eingefandenen Gelder auf und rechnet für jedes Mitglied 52 Wochenbeiträge pro Jahr zu 60 Pfg. Man sieht gleich, der Herr vertritt eine Idealorganisation. Daß im Durchschnitt pro Mitglied 40 Wochenbeiträge pro 1908 gezahlt wurden, hat der Herr ebenso „übersehen“, wie die übrigen in Oberschlesien bestehenden Ortsgruppen. Seit wann zählt denn im S.-D. Gewerbeverein jedes Mitglied 52 Wochenbeiträge? Möge doch der Gewerbeverein einmal eine klare Jahresabrechnung veröffentlichen, wie es der christliche Metallarbeiterverband getan hat. Der Artikelschreiber mag sich beruhigen, für den christl. Metallarbeiterverband in Oberschlesien ist gut gesorgt, seine Mitglieder sind keine Waiskinder und Sperrkinder, die vor dem Ingenieur oder Direktor auf dem Bauche rutschen, ihre Kollegen, die ein freies Wort wagen, denunzieren, oder sich aus Hebelinerie den Klimbimvereinen anschließen, wenn der Meister es wünscht. Wenn es auch noch verhältnismäßig wenige sind, es sind doch auch noch verhältnismäßig wenige, denen Standesbewußtsein und

Solidaritätsgefühl schon heute keine leeren Phrasen mehr sind.

Was nun die Entwicklung unseres Verbandes und seine Leistungen in den letzten Jahren betrifft, so sei dem Artikelschreiber des „Regulator“ hierüber noch einiges gesagt. Die Tätigkeit des jetzigen Bezirksleiters fällt in die Zeit der wirtschaftlichen Depression. Zudem mußte derselbe im vorigen Jahre noch 3 Monate Gefängnis verbüßen. Daß in der Zeit der wirtschaftlichen Depression keine besonders großen wirtschaftlichen Fortschritte erzielt werden können, weiß heute jeder halbwegs gebildete Gewerkschaftler. Leider hat man es in Oberschlesien bei den S.-D. nicht mit Gewerkschaftlern, sondern mit reinen Kassanmenschen zu tun. Und ganz besonders konnten unter den in Oberschlesien obwaltenden Verhältnissen keine größeren Erfolge erzielt werden. Jeder, der mit den Verhältnissen in Oberschlesien vertraut ist, weiß auch, daß hier auf absehbare Zeit noch keine größeren Massen für die Organisation gewonnen werden. Hier gilt es halt Aufklärungsarbeit leisten. Aber wahre praktische Gewerkschaftsarbeit.

Gerade hierin zeigt sich der große Unterschied der Tätigkeit des christl. Metallarbeiterverbandes gegenüber dem Gewerbeverein S.-D. Die Funktionäre und Mitglieder des christl. Metallarbeiterverbandes arbeiten, arbeiten unermüdet durch Abhaltung von Versammlungen, Verbreitung von Tausenden von Flugblättern, aufklärenden Inhalts usw. an der Aufklärung der ober-schlesischen Arbeiterschaft. Die Notwendigkeit und Bedeutung der verschiedensten Unterstützungsanstalten wird den Arbeitern klargestellt. Aber nicht nur das, die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, ja die Vorbedingung jeder Besserung der Lebenslage des Arbeiters, und zwar die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen steht überall im Vordergrund. Warum leiden die ober-schlesischen Arbeiter unter den traurigsten Verhältnissen, warum leidet im wahrsten Sinne des Wortes ein großer Teil dieser Arbeiter mit- samt den Familien jetzt in der Zeit schlechten Geschäftsganges tatsächlich Hunger? Warum müssen sie in elenden Wohnungen kampieren, warum ist die Krankenziffer bei den Familien so groß, warum sinken so viele Arbeiter in verhältnismäßig jungem Alter ins Grab?

Einmal weil die Kranken- und Sterbeunterstützung zu niedrig ist? Nein! Weil sie so miserable Löhne und Arbeitsbedingungen haben, die von dem Artikelschreiber des „Regulator“ mehrmals in Versammlungen als gute bezeichnet wurden. Wahrscheinlich, um sich nach oben lieb Kind zu machen. Hierin, d. h. in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen Besserung schaffen kann man nicht mit Unterstützung. Hierzu sind ganze Gewerkschaftler notwendig, Männer, die Standesbewußtsein und Solidariätsgedühl besitzen. Und hierin hat der christliche Metallarbeiterverband in den wenigen Jahren, wo er in Oberschlesien arbeitet, ganz sicher Vorzügliches geleistet.

Was hat der Gewerbeverein S.-D. hierin geleistet? Seit mehr als 35 Jahren ist er in Oberschlesien vertreten. Seine Leistungen sind in gewerkschaftlicher Beziehung gleich Null. Nichts, aber auch rein garnichts hat er in dieser langen Zeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen. In dieser Beziehung hat er einen langen und festen Schlaf geschlafen. Auch jetzt ist er aus diesem Schlafe noch nicht aufgewacht. Wahre gewerkschaftliche Schulung und Bildung sind den S.-D. Ortsvertretern unbekannt. Er konnte früher und kann aber auch heute noch nicht anders handeln als wie er gehandelt hat, ohne eine grundsätzliche Reform vorzunehmen. Und die kann der S.-D. Gewerbeverein heute ohne Gefahr des völligen Zusammenbruchs nicht mehr vornehmen. Infolge des langen Schlafes ist er ein alter Greis geworden. Seine Mitgliederzahl stellt den reinsten Nisch-Nisch dar. Meister und Vorarbeiter bilden übernehmend die Ortsvereinsvorstände. Selbst Generaldirektoren waren Ehrenmitglieder. Diese haben auch tatsächlich zu bestimmen, was in den Versammlungen zc. zu geschehen hat und sorgen gar wachsam, daß den Arbeitgebern resp. Generaldirektoren, Betriebsleitern zc. auch nicht das geringste Leid durch Kritik oder sonstige zugefügt wird.

So unterscheidet sich der Gewerbeverein, nach dem Artikelschreiber der Kern der deutschen Arbeiterbewegung, garnicht viel mehr von den echt gelben Verbänden. Wenn man will, kann man die einzelnen Ortsvereine auch noch mit vollem Recht als Klimbimvereine bezeichnen. Jeder Ortsverein hat seine eigene Fahne und Musikfahne. Auf den Vereinstreffen sind dann auch die Ingenieure vertreten, die „gewöhnlichen“ Arbeiter kommen auf diesen Festen wenig zur Geltung. Gelegentlich wird dann auch wieder mal einem General-Direktor — man denke hierbei an Hlger, Uthmann und Gessen — ein Ständchen gebracht. Wo steht es nun mit der Mitgliederentwicklung im S.-D. Gewerbeverein im letzten Jahre? Dem Kollegen Pflod hat der Artikelschreiber im vorigen Jahre mehrmals erklärt, daß er in seinem Bezirk im verfloßenen Jahre allein über 1000 Mitglieder an die gelben Werkvereine verloren hat.

Für den „geistigen Verrotismus“ und den Ständen an die Sieghaftigkeit des S.-D. Gewerbevereinsgedankens ist folgendes Eingeständnis des Artikelschreibers und Führers der S.-D. Oberschlesien interessant. Im verfloßenen Winter erklärte derselbe in einem Bezirksleiter und einem Mitgliede unseres Verbandes bei Besprechung der Organisationsverhältnisse und Agitationschwierigkeiten in Oberschlesien folgendes: „Ja, ich weiß tatsächlich nicht mehr, wie man die Arbeiter hier in Oberschlesien noch für die Organisation gewinnen soll, ich bin in der Agitation unter den Hütten- und Walzwerksarbeitern am Ende meines Lateins angelangt. Meines Grachtens können die Arbeiter nur durch Wohlthaten gewonnen werden.“ Ist das nicht wunderbar? Der Herr bezeichnet die S.-D. als Pfaffen und Kern der deutschen Arbeiterbewegung. So was nennt sich dann Führer. Und wie der Führer, so die Mitglieder. Mit Recht kann deshalb behauptet werden, daß die S.-D. in Oberschlesien ein Hindernis im Kampfe der Arbeiter um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind.

Die S.-D. haben die allgeringste Ursache an den unglücklichen Metallarbeiterverband Kritik zu üben. Sie sollen froh sein, wenn ihre Sünden verborgen bleiben. Uns

bangt es um die Zukunft in Oberschlesien nicht im geringsten. Schmarotzereien und Sprachschaterei hat man den christlichen Gewerkschaftsführern noch nie nachsagen können, auch den ober-schlesischen nicht und wird es auch in Zukunft nicht können. Durch andauernde Aufklärungsarbeit werden schon die Arbeiter Oberschlesiens die Notwendigkeit und Bedeutung einer reinen wirtschaftlichen Standesorganisation kennen lernen und so ganz gewiß den Weg zu den christlichen Gewerkschaften finden. Wir sind noch nicht am Ende unseres Lateins angelangt. Das mögen sich der Artikelschreiber wohl gesagt sein lassen. Wir werden uns in Zukunft von jetzt ab ja noch häufiger sprechen.

**Wachen.** Die sowohl in unserem Organ wie in der der hiesigen Tagespresse an den letzten Zuständen auf Süddeutschland „Vote Erde“ geliebte Kritik hat die Zeitung des genannten Werkes zu einer Widerlegung veranlaßt; es soll wenigstens eine solche sein. In der „Wachener Allgem. Ztg.“, Nr. 260, vom 27. Mai war nämlich zu lesen:

**Eine Widerlegung.**

Von der Wesenkirchener Bergwerks-Mitengesellschaft, Abteilung Wachenener Hüttenverein, geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zuschrift zu, der wir hiermit gern Raum geben:

In der Nummer 113 des „Volksfreund“ vom 17. Mai 1909 erschienen unter dem Stichwort „Arbeiterbewegung“ einige Ausführungen, die sich in ziemlich aggressiver Weise mit unserer Gesellschaft beschäftigen und uns zwingen, uns mit einigen Worten ebenfalls an die Öffentlichkeit zu wenden.

Schon die Einleitung: „Bei einem solchen Viesentunternehmen sollte man nun meinen, daß bezüglich der beschäftigten Arbeiter so ziemlich alles in Ordnung wäre“, ist geeignet, bei fernersiehenden den Eindruck zu erwecken, als wenn wir den bei uns beschäftigten Arbeitern Unrecht täten. Dieses ist durchaus nicht der Fall. Als wir dazu übergingen, Arbeiter, entsprechend dem geringer gewordenen Beschäftigungsgrade zu entlassen, war dies eine Maßregel, die wir als allerletzte Notwendigkeit der schlechten Zeit hinausgeschoben hatten, solange es noch zu verantworten war. Dazu kam dann noch, daß bei der ungenügenden Beschäftigung die Preise für die Fabrikate bereit heruntergingen, daß ein Weiterarbeiten unter den bisherigen Bedingungen und zu den bisherigen Selbstkosten nicht mehr möglich war. Die Notwendigkeit, auf Mittel und Wege zu finden, den gesunkenen Preisen entsprechend, auch billiger zu arbeiten, führte zu Verbesserungen und Vereinfachungen der Betriebe, allerdings auch zu der Entlassung von Arbeitern. Diese Entlassung war aber nicht allein, sondern es ist wohl auf allen deutschen und ausländischen Fabriken so gewesen. Wir brauchen nur auf die wohl allenthalben bekannten großen Arbeiterentlassungen in Nordamerika hinzuweisen.

Auch uns tut es leid, wenn wir Arbeiter entlassen müssen, und daß die menschliche Seite solcher Maßregeln von uns ebenfalls bedacht wird, beweist die Gewährung von Pensionen, die, es will uns bald so erscheinen, der Werksleitung gewissermaßen noch wertvoll sind; wenigstens haben wir nirgendwo gehört, daß die einfache Entlassung überflüssig gewordener Arbeitsträfte an anderen Stellen zum Gegenstand von Anträgen gemacht worden ist.

Man darf nicht vergessen, daß die Pensionsabmachungen einseitige Leistungen des Hüttenwerkes sind. Die Arbeiter haben selbst nichts zu dem Pensionsfonds beigetragen, und der Fonds soll auch noch für die anderen Arbeiter, sowie für die Hinterbliebenen unserer zahlreichen Arbeiterkinder dienen. Er muß sparsam verwaltet werden; denn auch die reichste Gesellschaft ist nicht in der Lage, alle Ansprüche zu befriedigen, die auskommen können.

Daß die Löhne herabgesetzt worden sind, ist richtig. Ebenso richtig ist aber auch, daß diese Löhne im hiesigen Bezirk höher waren, als diejenigen im übrigen rheinisch-westfälischen Industriebezirk, und daß die Eigenindustrie im Wachenener Bezirk durch ihre Lage sehr unvorteilhaft den übrigen Werken der Eigenindustrie gegenübersteht. Die schlechten Zeiten gehen auch in dieser Beziehung nicht spurlos an der Wachenener Industrie vorüber. Die Sonntagsarbeit wird von uns, nach wie vor, mit Zuschlägen zum Lohn entschädigt. Wir bezahlen für die Arbeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zwei Schichten. Daß wir den Leuten, die Sonntags abends auf Schicht müssen, keine Zuschläge mehr bezahlen, entspricht dem usus auf anderen Werken, denen wir auch in diesem Punkte folgen müssen. Im allgemeinen rechnet man die Sonntags um 6 Uhr beginnende Schicht als Werktagsschicht und entlohnt sie auch dementsprechend.

Die große Ermäßigung der Selbstkosten beruht, wie eingangs angedeutet, auf Verbesserungen und Vereinfachungen der Betriebe, namentlich einer weiteren Erziehung von Menschenarbeit durch Maschinenarbeit. Eine härtere Anspannung und Ausnützung der Kräfte des einzelnen Mannes ist dadurch keineswegs herbeigeführt worden; im Gegenteil können wir sagen, daß die Anspannung des einzelnen Mannes auch eine Verminderung erfahren hat. Wir glauben, daß die Arbeiter der 70er und 80er Jahre sich wundern würden, wenn sie sähen, wie einfach und wenig anstrengend heutzutage die Hüttenarbeit geworden ist.

Auf diese interessante „Widerlegung“ ist sofort im „Wachenener Volksfreund“ folgende Antwort ergangen: Die Widerlegung bestätigt also mit einigen Unzulänglichkeiten, was in der Nr. 113 des „Volksfreund“ geschrieben wurde. Es wurde von uns in der gebrachten Kritik schon darauf hingewiesen, daß wir auf die durch das Prämiensystem erhöhte Unfall-Gefahr später noch zurückkommen würden. Wir wollen diesem hiermit nachkommen und dann auch gleichzeitig auf die Unzulänglichkeiten etwas näher eingehen.

Die Unfallgefahr ist eine große. Diese Unfälle werden möglichst zu vermeiden gesucht. Die Reibungen erfahren kaum etwas, wenn schwere Unfälle vorkommen. Im letzten Jahre sind von 4082 durchschnittlich beschäftigten Arbeitern 2089 erkrankt, das sind 51 Prozent der Erkrankten. Dem letzten Jahre, das der Unfallgefahr am meisten arbeitender Arbeiter infolge seiner Standeshaltung dieses be-

wollen kann, mindestens zwei Drittel Unfälle. Also ein großer Prozentsatz der Beschäftigten erleidet Unfälle, und da will man die Hüttenarbeit, wie in der Überlegung gesehen, als eine leichte und wenig anstrengende bezeichnen. Würden die Hüttenleute der 70er und 80er Jahre heute das Husten und Jagen sehen, sie würden sich wundern und sagen, unsere Knochen waren früher doch besser geschützt. Die erlittenen Unfälle sollen durch die Unfallversicherung entschädigt werden. Wie man dieses auf Note Erde handhabt, davon liegen uns eine Reihe Beispiele vor. Wir sind im Besitz einer Anzahl Lohnzettel, auf welchen folgende Rubriken vermerkt sind: Schichten 20 a 5 Mark, Betrag 100 Mark, Unfallrente 7 Mark, bleibt 93 Mark. Das ist doch schön eingerichtet. Der Unfallverleihe läßt also zuerst seine Glieder, dann verdient er seinen Lohn, weil er aber Unfallrente bezieht, wird diese vom Lohn abgezogen. Wer steckt also die Unfallrente ein? Doch nur das Werk. Will dieses das Unfallgesetz? Wir haben solches bis heute noch in keinem Paragraphen finden können.

Jept einiges zu den Entschuldigungen. Man schreibt, es ist in anderen Werken auch Usus, die Sonntag Nacht nicht zu bezahlen. Dieses trifft nicht zu. Auf den meisten Werken wird die Sonntagsnacht als Sonntag gerechnet und wird mit Zuschlag bezahlt. Wäre es nicht der Fall, dann sollte die große Gelsenkirchener mit gutem Beispiel vorangehen. Man denke sich, die meisten Hüttenarbeiter haben nur jeden dritten Sonntag frei. In einem Sonntag arbeiten sie von Samstag auf Sonntag die Nacht, und dann am Sonntag arbeiten sie von Samstag auf Sonntag die Nacht, und dann am Sonntag, machen also eine 24stündige Schicht. Den andern Sonntag arbeiten sie von Sonntagabend bis Montagabend, also auch eine 24stündige Schicht. Sind hierfür keine Zuschläge angebracht? Aber es ist kein Usus, und damit glaubt man die Sache erledigt zu haben. Die Ueberstunden bezahlt man auch nicht mehr mit Zuschlägen, selbst die Heizer, die am Sonntag bis 8 Uhr arbeiten, erhalten für diese zwei Stunden nur zwei Beutel. Kommt aber einer zu spät, so kann er vor acht Uhr nicht anfangen. Es werden ihm nun nicht zwei Beutel, sondern ein Viertel des verdienten Lohnes einbehalten und außerdem wird der Zutrittskommande noch mit 50 Pfg. bestraft. Dieses Strafsystem wird besonders scharf in der Abteilung des Abteilungsvorstehers Wolters gehandhabt. Hat der Arbeiter um sechs Uhr das Portierhaus passiert, so ist der Kontrollkasten in der Werkstelle schon verschlossen. Die Kontrollmarke wird nun auf den Kasten oder wie die Arbeiter sagen, an den Galgen gehängt. Könnte der Kontrollkasten in der Werkstelle nicht einige Minuten offen bleiben? Entschuldigungen werden zurückgewiesen. Ob dem Arbeiter vielleicht durch Krankheit in der Familie, oder durch andere Ursachen eine Entschuldigung zuzusetzen ist, gleichgültig, er wird bestraft. Hier wäre es Sache der Direktion, einmal nach dem Recht zu sehen.

Daß die Löhne auf dem Hüttenwerk Note Erde höher sein sollen wie im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, glaubt keiner, denn die Verhältnisse dort bekannt sind. Wir möchten wohl behaupten, daß die Hüttenindustriellen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet an die vielen fremden ungeschulten Arbeiter höhere Löhne zahlen, als es auf Note Erde der Fall ist. Dieses wurde schon des öfteren auf Generalversammlungen der Hüttenindustriellen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet bestätigt. Beweis ist auch, daß das Hüttenwerk Note Erde bei der Abwertung von Dividenden immer mit an erster Stelle stand.

Bezüglich der Arbeiterentlassungen will man Mitleid mit den Entlassenen gehabt haben und deutet es so, als ob wir das Auszahlen von Pensionen sogar übel nehmen. Hierzu haben wir zu bemerken, daß in Zeiten der Krise das Unternehmensvermögen die ganzen Folgen nicht allein dem Arbeiter aufbürden soll. Dem Arbeiterstand und der ganzen Volkswirtschaft ist es besser, wenn Feierschichten eingelegt werden als Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Deshalb müssen die Selbstkosten nicht durch Arbeiterentlassungen vermindert, wie Geheimrat Kirdorf ausführte, sondern das deutsche Unternehmensvermögen muß aus nationalem Interesse und im Interesse der deutschen Industrie bei Krisen auch einen Teil der Kosten tragen. Amerikanische Zustände wollen die deutschen Arbeiter auch nicht. Arbeitgeber wie Arbeitnehmers haben beide ein Interesse daran, daß es der deutschen Industrie gut geht.

Was nun das Pensionieren anbetrifft, so haben wir gegen das Auszahlen der Renten gewiß nichts einzuwenden. Nur die Art der Pensionierung haben wir bemerkt und müssen dieses ausdrücklich erhalten. Heute ist in allen Hütten- und anderen Werken es so gestellt, daß man Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr einstellt. Deshalb sollte man die langjährig beschäftigten Arbeiter, die noch ihre Arbeit verrichten können, nicht entlassen oder pensionieren, oder so lange warten, bis die Kinder dem so pensionierten Vater am Lebensabend unterstützen können. Uns sind Fälle bekannt, wo man Arbeiter pensioniert hat, die noch eine Anzahl kleiner Kinder zu ernähren hatten. Ueber den Pensionsfonds wollen wir nicht streiten, wer diesen geschaffen hat; auf jeden Fall haben aber die Arbeiter die Aktionäre mit in den Stand gesetzt, diesen Pensionsfonds zu stiften. Damit glauben wir die Entschuldigungen, die in der Überlegung der „Nachener Allgemeinen Zeitung“ erfolgt sind, in das rechte Licht gestellt zu haben. Möge jeder Hüttenarbeiter daraus lernen, daß er seine Rechte wahren muß. Einzelnen kann er dieses nicht, er muß sich zusammenschließen, das heißt, er muß sich organisieren. Deshalb, Hüttenarbeiter: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Sollagen.** In der sozialdemokratischen Presse, so auch im „Vorwärts“ Nr. 155 vom 13. Juni, wird von einem „christlichen Berräterthum“ bei der Firma Mandemühl gefoltert. Der christliche Metallarbeiterverband soll Streikbruch und Gott weiß nicht was anders verübt haben, so sagen es wenigstens die Genossen und die reden doch sicher in bezug auf ihre Gegner nach Rauhly immer die „Wahrheit“. Wahr ist, daß die sozialistischen Verbände die Firma Mandemühl in Streik erklärt haben und daß die Genossen in ihrem Großmühenstüchlein als selbstverständlich annehmen, der christliche Metallarbeiterverband und dessen Mitglieder hätten sich ohne weiteres hierauf zu richten. Wahr ist

aber auch, daß für den christlichen Metallarbeiterverband und dessen Mitglieder ein Streik nicht besteht, zu dessen Einleitung man die Genannten nicht glaubt notwendig zu haben. Wenn aber für uns ein Streik nicht besteht, sollen unsere Mitglieder auch ruhig weiter dort arbeiten können. Mit dieser Auffassung der Dinge befinden wir uns in der Gesellschaft des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der — trotzdem der ebenfalls sozialistische Industriearbeiterverband die Firma Mandemühl schon seit geraumer Zeit in Streik hat — dort ruhig weiter arbeitet, also — um mit den Genossen zu reden — dort Streikbruch verübt. Wir glauben schon Wären zu hören, die da brüllen: „Ja Bauer, das ist was anders!“ Ober nicht?

**Danzig.** Der „Regulator“, das Organ der Hütten- und Maschinenbau- und Metallarbeiter, bringt in seiner Nr. 21 einen Artikel, der mit R. N. gezeichnet und von Herrn Ritzsch, wie er selbst zugegeben hat, geschrieben ist. Hier wird nun wieder mal dem christl. Metallarbeiterverband etwas am Zeuge zu fädeln versucht. Doch dem dieser Artikel von Rigen froht, wirft Herr Ritzsch einem Mitgliede vor, „unchristlich gelogen“ zu haben und behauptet ferner, ein Mitglied hätte sich eine Unterschlagung zu schulden kommen lassen.

Es würde sich eigentlich nicht lohnen, auf dieses „humme“ Geschreibsel näher einzugehen, wenn nicht die Ehre es verlangte. Ein Kollege der mit dem „Wahrheits-Apostel“ Ritzsch auf demselben Werke arbeitet, hat behauptet, der christl. Metallarbeiterverband hätte ein Vermögen von 27 Mark pro Kopf; dieses soll nun nach den „natürlichen“ Auffassungen des Herrn Ritzsch „unchristlich gelogen“ sein. Auch will Herr Ritzsch Beweise bringen, die das Gegenteil bezeugen, doch bis jetzt hat er in seinem „Archiv“ noch keine finden können. Es würde besser sein, wenn der Herr Ritzsch unsere Zeitung lesen würde, dann findet er, was er bis jetzt nicht glauben will.

Mit welchen schiefen Mitteln Herr Ritzsch umgeht, beweist er weiter, indem er ein Mitglied einer Unterschlagung bezichtigt, die er in seinem „Wahr“ erfunden oder sich zusammengebastelt hat. Herr Ritzsch schreibt in seinem Artikel, dieses betreffende Mitglied, dessen Name er nicht nennen will, weil er fürchtet, daß dasselbe Schaden erleiden würde (Wie lebenswürdig. D. W.), hätte Geld unterschlagen, das er für eine Witwe, deren Mann im Betriebe gestorben ist, gesammelt hat, und erst auf die Aufforderung von seiten des Werkführers hätte das Mitglied dieses Geld abgeliefert. Am Schluß macht Herr Ritzsch seinem so „edel denkenden“ Herzen Luft und schreibt: „Eine wahre christliche Tat! Eine Frau, welche plöcklich den Mann und Ernährer durch den Tod verliert, erhält nicht das gesammelte Geld.“

Augen haben kurze Beine und das hat sich auch hier bemerkt. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Die Frau dieses Verstorbenen ist gleich nach dem Tode ihres Mannes verstorben, mithin war es nicht möglich, das gesammelte Geld abzuliefern; sie hat es sofort nach ihrer Rückkehr erhalten. (Über Herr Ritzsch, wie kann man sich bloß so „Arten?“ D. W.) Als die Mitarbeiter erfuhren, was er in seinem Leitblatt geschrieben hatte, wollten sie ihm sofort den Lohn für seine Tat geben. Nur dem Dazwischengehen unserer Kollegen hat er es zu verdanken, daß die „frei Organisierten“ ihm nicht das zugebaute und eigentlich wohlverdiente zukommen ließen.

Nimmt man aber diese Handlungsweise des Herrn Ritzsch von einer andern Seite, so muß man sich fragen: Hat der Wahrheitsapostel sich denn gar nicht bedacht, was er für Schaden durch seinen „Wahr“ anrichten könnte? Das betreffende Mitglied hätte aus der Arbeit entlassen werden können. Oder bedenkt er weiter nicht, daß er jetzt die Ehre, den guten Ruf des betreffenden Arbeiters geschädigt hat? Doch auch hier sieht man wieder mal, mit welchen Waffen diese Herren kämpfen, einen ungegorenen Jungen würde man für diese Tat ein Teil des Körpers vollhauen, der für gewöhnlich zum Jagen benutzt wird. Doch diesen Herrn kann man nur mit Verachtung strafen, denn in den Augen der christlichen Arbeiterschaft ist er moralisch gerichtet.

Aus diesem können die Kollegen ersehen, was Geistes- und die D. sind. Darum auf ans Werk! Für die gerechte Sache kämpfen; wir brauchen keine unehrlichen Waffen ala Ritzsch. Wir kämpfen offen und ehrlich und unsere Sache wird auf diese Weise alle Anfechtungen siegreich bestehen.

**Opfer der Arbeit.**

**Duisburg.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am 5. Juni auf der Niederrheinischen Hütte. Zwei am Hochofen beschäftigte Monteure stürzten von einem etwa 12 Meter hohen Gerüst ab. Während der eine Arbeiter ohne Verletzungen davorkam, blieb der andere bestimmungslos liegen und mußte im Krankenhaus untergebracht werden, wo er an den schweren Verletzungen gestorben ist. — Am 10. Juni geriet auf demselben Werk ein Rangierer unter einen Güterwagen und trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

**Dortmund.** Auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoersch verunglückte am 5. Juni der Maschinist Marx infolge eines Sturzes von der Maschine in Höhe von 5 Meter. Die Verletzungen waren so erheblich, daß er sofort verstarb.

**Hamm i. W.** Am 8. Juli verunglückte auf der Westfälischen Union im Drahtzug I der Drahtzieher B. Schlemmer tödlich, und zwar dadurch, daß er in das Getriebe der Drahtziehseibe geriet.

**Briefkasten.**

**Kollege D., Mühlheim.** Das weitere in der besagten Angelegenheit soll von hier aus angeregt werden. — Einwendungen von Ravensburg, Furtwangen und andere müßten für die nächste Nr. zurückgestellt werden.

**Sterbetafel.**

**Astfeld.** Am 9. Juni starb nach kurzem, schweren Leiden unser Kollege Hermann Wiese im Alter von 43 Jahren an Gehirnentzündung.

**Hamm i. W.** Am 8. Juni, abends gegen 9 Uhr verunglückte im Mittelzuge der westf. Union unser Kollege Bernh. Schiemer. Er hatte erst ein Alter von 25 Jahren erreicht, als ihn der Tod in der Ausübung seines Berufes ereilte.

**Kohlscheid.** Am 31. Mai starb unser Kollege Peter Wüdingen, im Alter von 28 Jahren an Lungenemphysem.

**Thale a. S.** Am 10. Juni starb nach längerer Krankheit unser Kollege August Wische an einem Nierenleiden.

Eure thren Andenken!

**Versammlungs-Kalender.**

**Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!**

**Böckum II.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Salomander, Alleestraße.

**Dortmund.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr, Versammlung im neuen Verbandslokal Restauration „Wartburg“ (Teutenberg) Westerblickstr. 62 1/2. Referent: Bezirksleiter Kollege Hirtfelder, Essen.

**Duisburg I.** Sonntag, den 20. Juni, morgens 10 Uhr, Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung beim Wirt Hohenschieß, Wanheimerstraße.

**Schlus.** Jeden 1. und 3. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung im Lokal Durged, Stroßstraße. Die Adresse des Vorsitzenden ist Otto Keinkugle, Mittelstr. 12. — Unterstützung wird beim Kassierer von 6 1/2 — 8 1/2 Uhr abds. ausbezahlt.

**Essen-Altenhof.** Sonntag, den 20. Juni, vorm. 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Link, Altenhoferstraße.

**Essen (Eletromonteur.)** Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Stadt Elberfeld“, Steelerstraße.

**Essen-Mellinghausen.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale rogne, Hauptstraße.

**Essen-Mittelscheid.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wahnney, Mittelscheiderstraße.

**Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Klötgen, Frohnhauserstr.

**Essen-Kray.** Samstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Freitag, Grenzstraße.

**Essen-Altenessen.** Sonntag, den 20. Juni, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Körner, Segerothstraße.

**Essen-Segeroth.** Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Büsch, Segerothstraße.

**Gelsenkirchen-Hüllen.** Sonntag, den 20. Juni, vormitt. 11 Uhr bei Nachbarschule.

**Gelsenkirchen-Neustadt.** Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr bei Masius.

**Hamm i. W.** Unsere diesmonatliche Versammlung findet am Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshaus Reibischtr. 94 statt. Da verschiedene Sektionsversammlungen ausfallen, erziehen wir die Kollegen der ganzen Ortsverwaltung, an dieser Versammlung teilzunehmen.

**Ortsverwaltung Hamm i. W.** Laut Beschluß der Ortsverwaltung ist die Geschäftsstelle von 11—1 Uhr und von 5—8 Uhr für den Verkehr geöffnet. Donnerstags und Sonntags geschlossen. Wir erlauben, diese Verkehrsstunden aber innezuhalten, andererseits die Kollegen vor die verschlossene Thür kommen.

**Karlruhe.** Samstag, den 19. Juni, Versammlung bei Seiffel, Kaiser-Allee 27. Die Adresse des Kassierers lautet: Anton Westhof, Eosienstr. 103, (nicht 102, wie es in der letzten Nummer hieß).

**Kattowitz** Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im neuen Säulenhause, Mikoleistr. Mitglieder-Versammlung.

**Königshütte (Oberschlesien).** Jeden letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Janotta In diesem Monat findet dieselbe am 29. Juni (Peter und Paul) statt. — Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Unterrichtskursus ebenfalls. — Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, große öffentliche Versammlung bei Nowat Gasthof „Graf von Moltke“.

**München.** Samstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Kollegarten, Schwantalerstr. 18 Monatsversammlung mit Vortrag über „Arbeiterverhältnisse in England.“ Referent: Verbandssekretär Kollege Kriker.

**Dagersheim.** Samstag, den 19. Juni, abends 9 Uhr, im Lokale des Kollegen Hufnel Versammlung mit Vortrag, Bericht über die Bezirkskonferenz. Referent: Kollege Vergenhahn.

**Siegen.** Sonnabend, den 26. Juni im Lokale Demandt, Monatsversammlung mit Vortrag des Kollegen Gierk.

**Thale a. S.** Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im „braunen Hirsch“ mit Vortrag „Karl Marx der Sozialismus.“ Die Frauen der Kollegen sind freundlichst eingeladen.

**flugzettel :: :: :: Plakate**  
**Sintrittskarten :: Mitgliedskarten**  
**Programme :: :: Liedertexte**  
**Statut-Abdrücke, überhaupt alle**  
**Vereins- und Privat-Drucksachen**  
 liefern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zusendung per Postspade  
 :: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::  
**Edu vom Nieberheim, Duisburg.**